

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1993

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Industriestruktur im Kammerbezirk Koblenz	21	Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen von 1970 und 1987 werden gegenübergestellt.
Mieten unter der Lupe	27	Es wurde versucht, die den Mietpreis der Wohnungen bestimmenden wichtigsten Einflußfaktoren zu isolieren und ihre Wirkung zu quantifizieren.
Bauherrendatei und Bauüberhangsstatistik	34	Der Beitrag informiert über die Zielsetzungen und das geänderte Verfahren der Bauüberhangsstatistik.
Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1991	39	Die Hofnachfolgesituation in den landwirtschaftlichen Betrieben und die Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung waren zwei agrarpolitisch wichtige Merkmalskomplexe der Landwirtschaftszählung 1991. Über erste Ergebnisse hierzu wird berichtet.
Regionalergebnisse des Mikrozensus	42	Ein neuer Auswahlplan ermöglichte erstmals für den Mikrozensus 1990 die Ermittlung von Regionalergebnissen.
Anhang	9*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	15*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Regionalergebnisse des Mikrozensus

Der Mikrozensus liefert als Repräsentativerhebung grundlegende Daten über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Mit der Erhebung des Jahres 1990 kam erstmals ein neuer Auswahlplan auf der Grundlage des Datenmaterials der Volkszählung 1987 zum Tragen. Wesentliche Neuerung ist die Bildung kleinerer Auswahlbezirke, die nur noch etwa 8 bis 10 Haushalte, gegenüber vorher rund 25 Haushalte, umfassen. Unter Beibehaltung eines Auswahlatzes von 1% bedeutet dies eine verdreifachte Zahl der Auswahlbezirke und damit eine gleichmäßigere regionale Verteilung. Dies hat eine höhere Genauigkeit der Ergebnisse zur Folge, die zu einer Verbesserung der regionalen Auswertungsmöglichkeiten führt. Konnten bisher die Angaben des Mikrozensus in der Regel nur für das gesamte Land nachgewiesen werden, ist nun eine Darstellung auch für kleinere regionale Einheiten möglich. Über die Tiefe der Regionalgliederung kann erst nach Abschluß der zur Zeit noch laufenden umfangreichen Fehlerrechnungen entschieden werden.

Der Beitrag bringt Ergebnisse einiger Kernmerkmale aus den Erhebungen der Jahre 1990 und 1991 in einer Untergliederung nach 8 regionalen Schichten und stellt vergleichende Angaben aus der Volkszählung 1987 gegenüber. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 42.

Zahl der Erwerbstätigen 1992 konstant

Nach den Berechnungen einer Arbeitsgruppe der amtlichen Statistik lag die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt des Jahres 1992 bei 1 551 900 und erreichte damit das Niveau des Vorjahres. Dabei gab es strukturell unterschiedliche Entwick-

lungen. Während in der Land- und Forstwirtschaft 1992 die Zahl der Erwerbstätigen um 3,6% niedriger lag als im Jahr zuvor und auch das produzierende Gewerbe mit -2,3% eine deutlich rückläufige Entwicklung zu verbuchen hatte, wurde im Bereich der sonstigen Dienstleistungen, dem auch die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe zugeordnet werden, ein kräftiger Zuwachs (4,1%) verzeichnet.

Die Erwerbstätigenzahlen sind nach dem sogenannten Arbeitsortkonzept nachgewiesen, es werden also diejenigen Erwerbstätigen berücksichtigt, die in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsplatz haben, unabhängig von ihrem Wohnort. ic

Weniger als 50 000 Bauernhöfe

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank 1992 in Rheinland-Pfalz erstmals unter 50 000. Mit 49 700 wurden 3,7% weniger Betriebe gezählt als im Vorjahr. Ähnlich hoch war die Rückgangsrate im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Die Schwelle, unter der die Betriebszahlen ab- und über der sie zunehmen, liegt mittlerweile bei ca. 50 ha. Die 1992 vorhandenen knapp 3 300 (6,6%) Betriebe mit 50 und mehr ha genutzter Fläche bewirtschafteten gut ein Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes.

Vollbeschäftigt in der Landwirtschaft waren im April 1992 noch rund 28 700 Personen, darunter 18 000 Betriebsinhaber. Die Zahl der Teilbeschäftigten belief sich auf 77 200. Rund ein Viertel davon stellten die Ehefrauen der Betriebsinhaber. Im Mittel der letzten fünf Jahre verringerte sich die Zahl der Arbeitskräfte insgesamt jährlich um 4,1%. Bei den Vollbeschäftigten war ein Rückgang um 5,5% zu verzeichnen. bd

Jeder dritte Haupterwerbsbetrieb hat einen Hofnachfolger

Bei der Landwirtschaftszählung im Mai 1991 wurden u.a. Daten zu der Weiterbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe und zur Höhe der Anlieferungsreferenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung erhoben.

Die Frage, ob es einen Hofnachfolger gibt, beantworteten mit ja 21% der Betriebsinhaber, die 45 Jahre und älter waren, und 38% mit nein. Bei 41% der Betriebe war die Weiterbewirtschaftung noch ungewiß. Überwiegend sind es Haupterwerbsbetriebe, in denen ein Hofnachfolger vorhanden war.

Im Jahresdurchschnitt 1992 ergeben sich folgende Erwerbstätigenzahlen:

Wirtschaftsbereich	Anzahl der Erwerbstätigen	Veränderung gegenüber 1991 in Prozent
Land- und Forstwirtschaft	68 500	- 3,6
Produzierendes Gewerbe	580 400	- 2,3
Handel und Verkehr	267 500	- 0,1
Sonstige Dienstleistungen	288 400	4,1
Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	347 000	1,5
Insgesamt	1 551 900	0,0

kurz + aktuell

Mehr als die Hälfte der Hofnachfolger ist 25 bis 35 Jahre alt. 90 % aller Hofnachfolger sind Männer. Die Mehrzahl der Hofnachfolger arbeitet – zumindest gelegentlich – im Betrieb mit und verfügt über eine landwirtschaftliche Ausbildung.

Fast 7 800 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz haben eine Milchreferenzmenge, die im Durchschnitt 100 t beträgt. Die Betriebe mit 50 und mehr ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) verfügten über durchschnittlich 196 t, die Betriebe mit 2 bis 5 ha LF nur über 13,5 t. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 39.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Januar 1993		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Januar 1992 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	113,4	2,3
Bekleidung, Schuhe	115,1	3,0
Wohnungsmieten	128,1	6,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,0	1,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	116,3	3,3
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	119,6	2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	120,1	4,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	114,8	2,5
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	131,8	9,4
Gesamtlebenshaltung	118,1	4,4
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	117,5	4,1
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,0	4,8
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	117,5	3,5

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Ferien auf dem Bauernhof

Nach ersten Ergebnissen der Landwirtschaftszählung vermieteten im Jahre 1990 rund 1 400 landwirtschaftliche Betriebe Unterkünfte an Feriengäste. Sie konnten damit ihr Einkommen aus der Landwirtschaft nicht unbedeutend aufbessern. Fast 340 000 Übernachtungen entfielen auf diese sich zunehmender Beliebtheit erfreuende Urlaubsform.

In der Mehrzahl der Betriebe (53 %) gab es weniger als sechs Fremdenbetten. Damit war auch eine sehr persönliche Betreuung der Gäste möglich, was von vielen Urlaubern zunehmend geschätzt wird.

Regional besondere Bedeutung hat der Urlaub auf Bauern- und Winzerhöfen in den landschaftlich reizvollen Gebieten an der Mosel und der Deutschen Weinstraße. In diesen vorwiegend durch Weinbau geprägten Gegenden ergänzen sich Vermietung von Unterkünften und Weinabsatz häufig sehr gewinnbringend. Allein zwei Drittel aller Betriebe mit Zimmervermietung liegen in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell und Südliche Weinstraße. bd

Auch 1992 nahmen die Viehbestände in Rheinland-Pfalz ab

Der Rückgang des Rinderbestandes in Rheinland-Pfalz hat sich zwischen Dezember 1991 und 1992 im Vergleich zum Jahr davor kaum abgeschwächt. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Viehzählung gab es im Dezember 1992 noch rund 502 900 Tiere (- 3 %). Die Zahl der Halter verringerte sich weiter um 5,7 % auf rund 13 900. Darunter hielten 7 600 (- 11 %) Milchkühe. Ihr Bestand belief sich auf 158 800 Tiere (- 4,4 %).

Bei den Ammen- und Mutterkühen, einer Alternative zur Milchkuhhaltung, wurden die Bestände im Laufe des vergangenen Jahres nicht zuletzt wegen der anstehenden Prämienregelung um 40 % auf über 40 000 Tiere aufgestockt. Die Zahl der Halter stieg auf 4 300 (+ 4 %).

Die bereits im Dezember 1991 feststellbaren rückläufigen Schafbestände (134 400) haben sich weiter vermindert (- 3,9 %).

In der Schweinehaltung hat eine verbesserte Rentabilität im abgelaufenen Jahr den Bestandsabbau (- 1,2 %) etwas verlangsamt. Bei rund 11 000 Haltern (- 1,9 %) standen im Dezember 482 300 Schweine in den Ställen. Während die Zahl der Mastschweine um 2,7 % niedriger lag als ein Jahr zuvor, blieb die Zahl der Zuchtsauen weitgehend unverändert. hü

Industriestruktur im Kammerbezirk Koblenz

Dieser Beitrag ist aus einem Vortrag entstanden, den der Autor am 14. Januar 1993 anlässlich der konstituierenden Sitzung des Industrieausschusses der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz gehalten hat.

30 % aller Beschäftigten in der Industrie tätig

Wie allgemein zu beobachten war, hat auch im Kammerbezirk Koblenz die Wirtschaft in der Vergangenheit einen deutlichen Strukturwandel durchgemacht. Dies wird bei einem Vergleich der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 deutlich. Danach hat sich der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl im Verlauf von 17 Jahren von 38 auf 30 % verringert. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der im Bereich Dienstleistungen Tätigen von 30 auf 41 %. Im Kammerbezirk Koblenz war der Strukturwandel jedoch nicht so ausgeprägt wie in Rheinhessen und der Pfalz. In diesen Regionen ist der Anteil der Industrie mit jeweils 9 Prozentpunkten zurückgegangen. Den geringsten Rückgang des Industrieanteils, und zwar um nur 3 Prozentpunkte, gab es im Kammerbezirk Trier.

Mit einem Industrieanteil von 30 % steht der Kammerbezirk Koblenz nach wie vor an zweiter Stelle hinter der Pfalz mit 37 %. Deutlich hinter Koblenz rangieren die Kammerbezirke Rheinhessen und Trier mit 27 bzw. 26 %. Als der Kammerbezirk, in dem die Landeshauptstadt liegt, verfügt Rheinhessen mit 45 % naturgemäß auch über den höchsten Dienstleistungsanteil.

Maschinenbau bedeutendster Industriezweig

Untersucht man die branchenmäßige Gliederung der Industrie des Kammerbezirks Koblenz, so ragt der Industriebereich Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau,

Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen mit knapp 1 600 Arbeitsstätten und rund 38 000 Beschäftigten heraus. Zu diesem Bereich zählt zwar nur ein Sechstel der Arbeitsstätten aber fast ein Viertel der Beschäftigten des Kammerbezirks. Daran ändert auch nichts, daß im Maschinenbau und in der Kraftfahrzeugindustrie in letzter Zeit größere Beschäftigteneinbrüche aufgrund der europaweiten konjunkturellen Entwicklung zu beobachten sind. An zweiter Stelle – gemessen an der Beschäftigtenzahl – rangiert der Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck, Foto- und Filmlabors. Hier sind in 1 800 Arbeitsstätten 26 800 Personen beschäftigt. Das sind 18 % aller Industriearbeitsstätten und 17 % aller Industriebeschäftigten. Von Bedeutung sind ferner die Bereiche Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe mit 13 %, Holz-, Papier- und Druckgewerbe mit 12 % sowie Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung mit 10 %. Die restlichen vier Industriebereiche Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren, Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie chemische Industrie, Herstellung und Bearbeitung von Spalt- und Brutstoffen, Mineralölverarbeitung kommen zusammen auf knapp ein Viertel (23 %) der Beschäftigten.

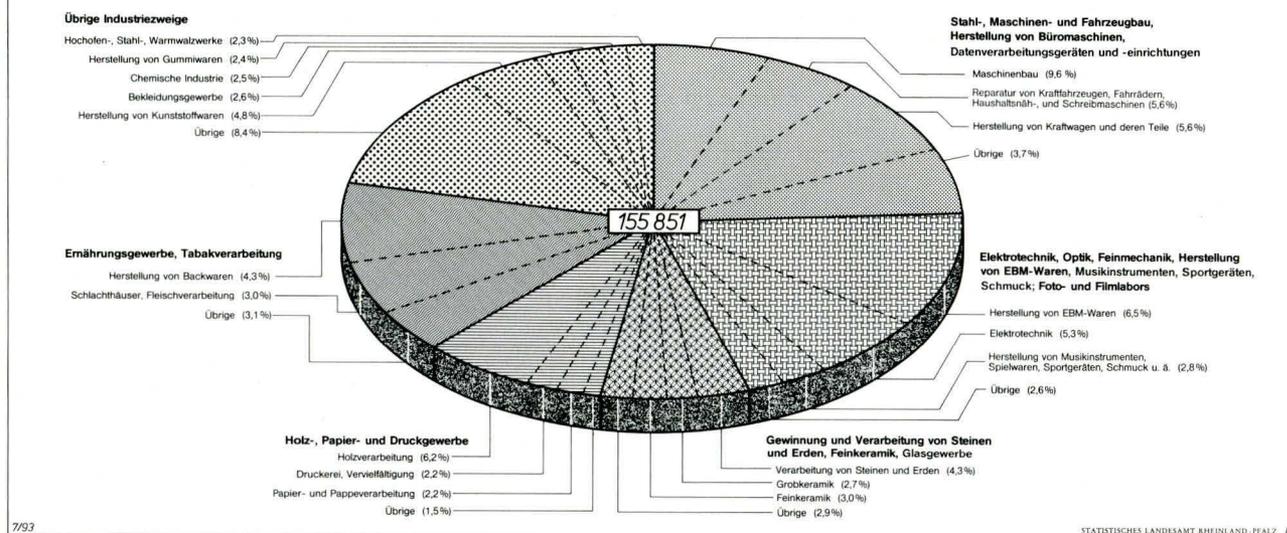
Bei den eben dargestellten Industriebereichen (2-Steller der Wirtschaftszweig-Systematik) handelt es sich um eine Zusammenfassung von zum Teil relativ heterogenen Wirtschaftszweigen. Aus diesem Grunde ist es wichtig zu wissen, was sich hinter diesen Bezeichnungen im einzelnen verbirgt.

Von den 38 000 Beschäftigten im Bereich Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büro-

Anteil der Industriebeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung 1970 und 1987 nach Kammerbezirken

Wirtschaftsbereich	Koblenz		Trier		Rheinhessen		Pfalz	
	1970	1987	1970	1987	1970	1987	1970	1987
	Anteil in %							
Industrie	37,7	29,6	28,4	25,7	35,6	26,6	46,2	37,1
Dienstleistungen	30,3	41,2	31,8	43,4	30,8	44,9	25,5	37,7
Handel und Verkehr	21,3	19,7	26,4	20,9	24,1	20,9	18,6	17,3
Übrige Wirtschaftsbereiche	10,7	9,5	13,4	10,0	9,5	7,6	9,7	7,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Beschäftigtenstruktur der Industrie 1987 im Kammerbezirk Koblenz



7/93

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

maschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen entfallen allein fast 15 000 Beschäftigte oder 39 % auf den Maschinenbau sowie jeweils 8 700 Beschäftigte oder 23 % auf die Industriezweige Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Haushaltsnäh- und Schreibmaschinen sowie Herstellung von Kraftwagen und deren Teile.

Im Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck, Foto- und Filmfabriken dominiert die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie mit 10 200 Beschäftigten und 38 % sowie die Elektroindustrie mit 8 300 und 31 %. Der Industriezweig Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten und Schmuck kommt mit seinen 4 400 Beschäftigten auf einen Anteil von 16 %. Hierin enthalten ist auch die im Kammerbezirk relativ bedeutende Edelsteinindustrie.

Die mehr als 20 000 Beschäftigten des Bereichs Steine und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe verteilen sich zu einem Drittel auf die Verarbeitung von Steine und Erden (ohne Grobkeramik und Schleifmittelindustrie), zu knapp einem Viertel (23 %) auf Feinkeramik, zu gut einem Fünftel (21 %) auf Grobkeramik.

Die Beschäftigten des Holz-, Papier- und Druckgewerbes arbeiten zu mehr als der Hälfte (51 %) in der Holzverarbeitung und zu jeweils 18 % in den Zweigen Papier- und Papperverarbeitung sowie Druckerei und Vervielfältigung.

Beim Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung ragen mit einem Beschäftigtenanteil von 42 % die Bäckereien heraus, gefolgt von den Schlachthäusern und der Fleischverarbeitung (29 %), wozu sowohl die Fleischwarenindustrie als auch die Metzgereien zählen.

Bei den übrigen Industriezweigen handelt es sich um eine Vielzahl von kleineren Branchen, von denen die Kunststoffwarenindustrie (21 %), das Bekleidungs-gewerbe und die chemische Industrie (jeweils 11 %) sowie

die Gummiwaren-Industrie und die Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (jeweils 10 %) hervorzuheben sind.

Zahl der Arbeitsplätze bei Herstellern von Kraftwagenteilen fast verdoppelt

Die einzelnen Industriezweige des Kammerbezirks haben sich in den 17 Jahren zwischen den beiden Arbeitsstättenzählungen sehr unterschiedlich entwickelt. Mit Abstand die günstigste Entwicklung verzeichnete die Kraftwagenteileindustrie. Hier hat sich die Zahl der Arbeitsplätze bei gleichbleibender Betriebszahl um mehr als 4 000 erhöht und damit nahezu verdoppelt. Mit einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um jeweils 1 900 folgen die Kunststoffwarenindustrie und die Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Haushaltsnäh- und Schreibmaschinen. Größere Arbeitsplatzgewinne verzeichneten ferner die Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Weichenbau (+ 1 300 Beschäftigte) sowie der Maschinenbau (+ 1 200 Beschäftigte). Da es sich beim Maschinenbau jedoch um den mit Abstand größten Industriezweig des Kammerbezirks handelt, fällt das relative Wachstum mit + 8,5 % vergleichsweise niedrig aus. Dem stehen zahlreiche Branchen mit hohen Arbeitsplatzverlusten gegenüber. An erster Stelle ist hier die Verarbeitung von Steinen und Erden zu nennen, die 4 700 Beschäftigte oder 42 % der Arbeitsplätze verloren hat. Daran schließen sich die Gewinnung von Steinen und Erden (- 2 900 Beschäftigte oder 59 %), die Lederverarbeitung ohne Schuhindustrie (- 2 500 Beschäftigte oder 55 %), die Holzverarbeitung (- 2 250 Beschäftigte oder 19 %), das Bekleidungs-gewerbe (- 2 250 Beschäftigte oder 35 %), die Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren und Schmuck (- 2 200 Beschäftigte oder 33 %) sowie das Textilgewerbe (- 2 100 Beschäftigte oder 50 %) an. Nahezu gleich hoch wie 1970 war die Beschäftigtenzahl in der Glas- und Gummiwarenindustrie sowie im Bereich Papier- und Papperverarbeitung.

Die Expansion der Beschäftigtenzahl in der Kraftfahrzeugindustrie hat sich nicht gleichmäßig vollzogen.

Nach einer kräftigen Erhöhung Anfang der 70er Jahre ging die Zahl der Arbeitsplätze in den Jahren 1974/75 vorübergehend auf einen Stand zurück, der noch unter dem von 1970 lag. Erst ab 1976 war ein nahezu kontinuierliches Wachstum in dieser Branche zu beobachten, das 1989 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Im Sektor Steine und Erden vollzog sich der Abbau der Arbeitsplätze von 1972 bis 1987 nahezu gleichmäßig.

Höchste Industriedichte im Raum Westerwald / Neuwied sowie im Landkreis Birkenfeld

Obwohl der Kammerbezirk Koblenz sowohl nach der Fläche mit über 8 000 Quadratkilometern als auch nach der Einwohnerzahl mit 1,35 Mill. der größte Kammerbezirk des Landes ist, liegt seine Industriedichte mit 115 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner deutlich unter derjenigen der Pfalz (152). Die Kammerbezirke Rheinhessen und Trier folgen mit 111 und 96 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner relativ dicht. Bei einer kreisweisen Darstellung werden die industriellen Ballungszentren des Landes sichtbar. Die höchste Industriedichte haben die in der Pfalz gelegenen Städte Ludwigshafen / Frankenthal, Pirmasens und Kaiserslautern sowie der Landkreis Germersheim. Im Kammerbezirk Koblenz sind der Raum Westerwald / Neuwied mit den Landkreisen Altenkirchen, Westerwald und Neuwied sowie der Landkreis Birkenfeld industrielle Zentren. Die geringste industrielle Besiedlung weist mit nur 68 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner der in der Eifel gelegene Landkreis Cochem-Zell auf.

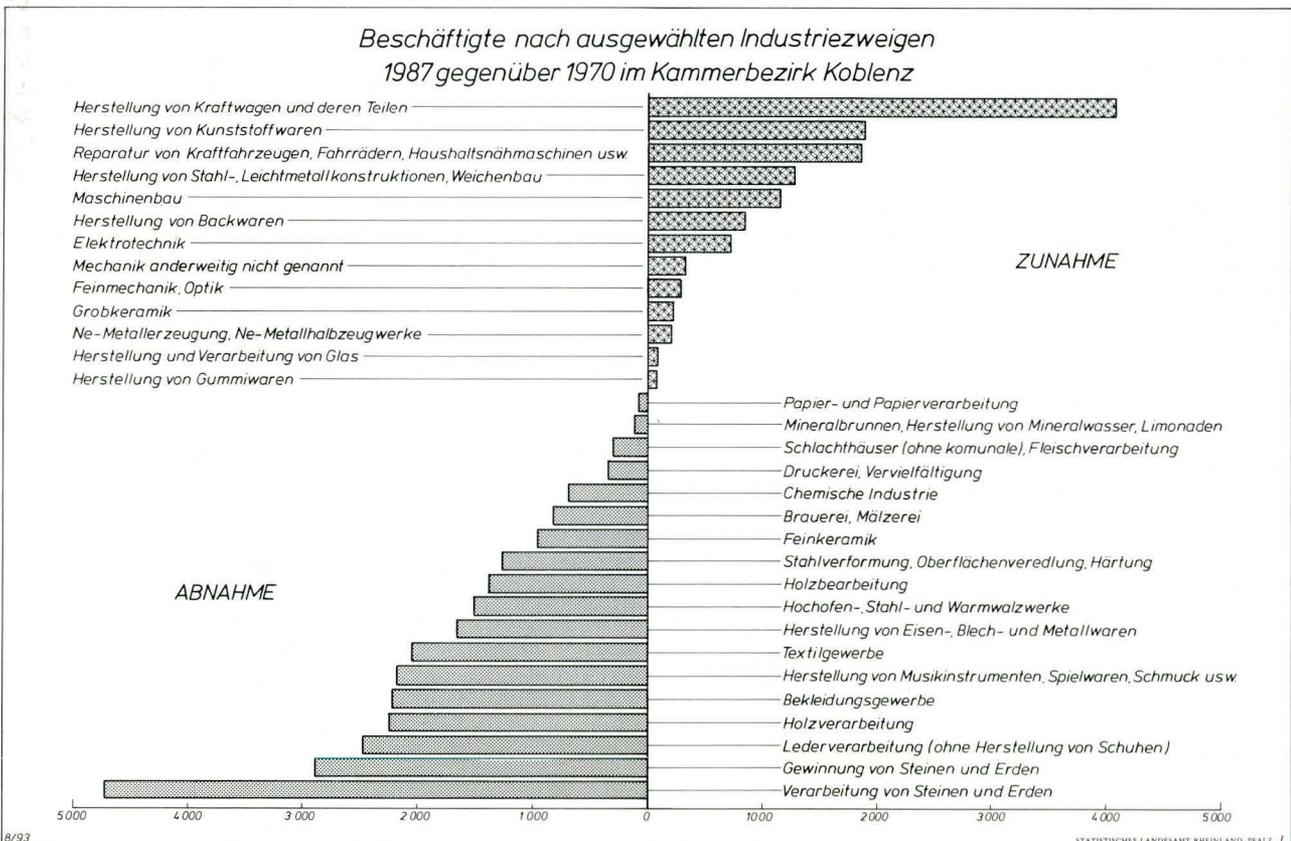
Die industrielle Situation in den einzelnen Landkreisen wird zum Teil von sehr unterschiedlichen Branchen

bestimmt. Im Westerwaldkreis mit dem Kannenbäckerland bildet mit 6 800 Beschäftigten oder 28% der Bereich Fein- und Grobkeramik einen eindeutigen wirtschaftlichen Schwerpunkt. Daneben spielen aber auch die Glasindustrie (1 900 Beschäftigte), der Maschinenbau (1 700), die Kunststoffwarenindustrie (1 600), die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (1 500), die Holzverarbeitung (1 200) sowie die Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Haushaltsnäh- und Schreibmaschinen (1 100) eine wichtige Rolle.

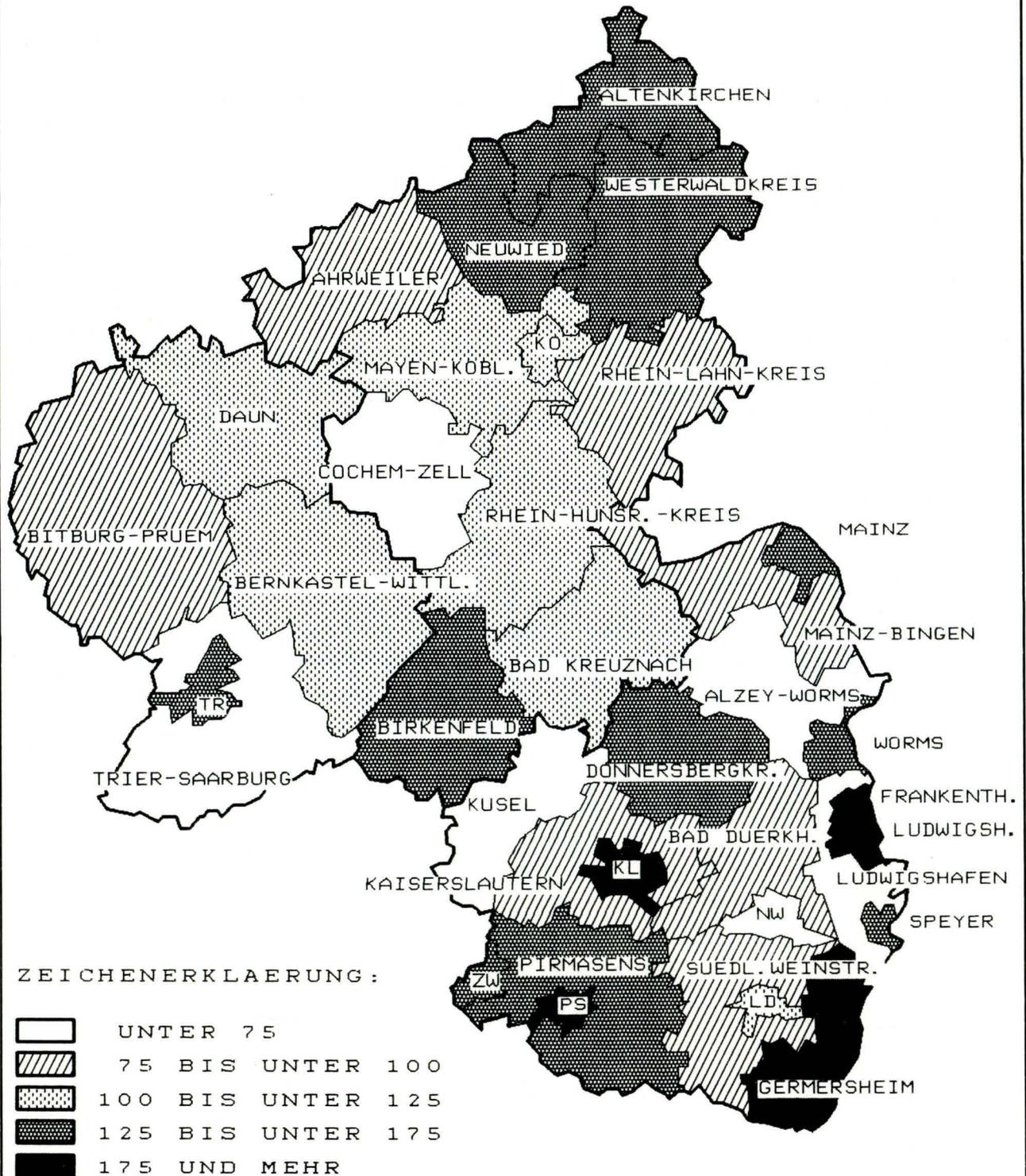
Im Landkreis Neuwied steht der Maschinenbau mit 3 000 Beschäftigten (15%) an der Spitze. Danach folgen mit Abstand die chemische Industrie (1 430 Beschäftigte), der Bereich Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Weichenbau (1 320 Beschäftigte), die Textilindustrie (1 290 Beschäftigte), die Holzverarbeitung (1 280), die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (1 240), die Papier- und Pappeverarbeitung (1 170) sowie die Elektroindustrie (1 050).

Im Landkreis Altenkirchen dominiert ebenfalls der Maschinenbau (2 800 Beschäftigte oder 16%). Wie in den Landkreisen Neuwied und im Westerwaldkreis bieten hier die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (1 700 Beschäftigte) und die Holzverarbeitung (1 430) gute Beschäftigungsmöglichkeiten. Dazu kommen die Elektroindustrie (1 420 Beschäftigte) und der Industriezweig Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung mit 1 030 Beschäftigten.

Im Landkreis Birkenfeld, dem Zentrum der Edelsteinindustrie, treten drei Industriezweige besonders hervor, und zwar die Bearbeitung von Edel- und Schmuckstei-



Industriedichte 1987 nach Verwaltungsbezirken (Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner)



9/93

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

nen, Perlen, Perlmutter und Hartglas mit 2 360 Beschäftigten oder 22 %, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (2 250 Beschäftigte oder 21 %) sowie die Herstellung von Schmuck aus Edelmetall, Gold- und Silberschmiedewaren (1 030 Beschäftigte oder 9 %). Während die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie mit 40 Beschäftigten je Arbeitsstätte von mittelständischen Unternehmen geprägt ist, ist die Edelstein- und Schmuckindustrie (5 bzw. 6 Beschäftigte je Arbeitsstätte) kleingewerblich strukturiert.

Deutliche Verlagerung zu den mittleren Betriebsgrößenklassen

Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen nach Beschäftigtengrößenklassen ergeben sich interessante Erkenntnisse über die Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur der Industrie. Am 25. Mai 1987 waren in den 9 838 industriellen Arbeitsstätten des Kammerbezirks Koblenz im Durchschnitt 15,8 Personen beschäftigt. Das sind 1,6 Arbeitskräfte mehr als 1970. Im ganzen Land hat sich die durchschnittliche Größe der Industriebetriebe entsprechend von 18 auf 20 Beschäftigte erhöht.

Von den 9 838 Industriebetrieben des Kammerbezirks beschäftigten 1987 mehr als die Hälfte weniger als 5 Personen. Diese hatten einen Anteil von 7,2 % an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten. 1970 waren es noch fast zwei Drittel der Betriebe gewesen mit einem Beschäftigtenanteil von 9,3 %. Sieht man sich die Entwicklung der höheren Betriebsgrößenklassen an, so zeigt sich, daß in der Zwischenzeit eine eindeutige Verlagerung zu den mittleren Betrieben stattgefunden hat. Zwischen 1970 und 1987 hat sich nämlich der Anteil der Betriebe mit 5 bis 49 Beschäftigten von 30,5 auf 42,5 % erhöht. Der Beschäftigtenanteil nahm gleichzeitig von 27,2 auf 33,4 % zu. Da sich die Verlagerung vor allem am unteren Rand der mittleren Betriebsgrößenklasse abspielt, ist hier die durchschnittliche Betriebsgröße von 12,7 auf 12,5 Beschäftigte geringfügig gesunken.

Zum Anstieg der durchschnittlichen Größe aller Industriebetriebe von 14,3 auf 15,8 Beschäftigte haben im Kammerbezirk Koblenz vor allem die Industriebetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten beigetragen. Obwohl

sie nur 0,1 % der Industriearbeitsstätten ausmachen, waren hier mehr als ein Zehntel (10,5 %) der Industriebeschäftigten tätig. Die Betriebsgröße erhöhte sich um über 200 auf 1 632 Beschäftigte im Durchschnitt.

Im Land verlief die Entwicklung ähnlich wie im Kammerbezirk Koblenz. Während die Verlagerung zwischen der Klasse der Kleinstbetriebe und derjenigen der mittleren Betriebe relativ etwa den gleichen Umfang angenommen hat, vollzog sich die Konzentration in der Klasse der Großbetriebe in einem wesentlich stärkeren Ausmaß. Waren 1970 in den 48 Betrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten 26,3 % der Beschäftigten tätig, entfielen 1987 auf nur noch 37 Betriebe 27,6 % der Beschäftigten. Die durchschnittliche Betriebsgröße erhöhte sich dadurch von rund 2 800 auf fast 3 400 Beschäftigte.

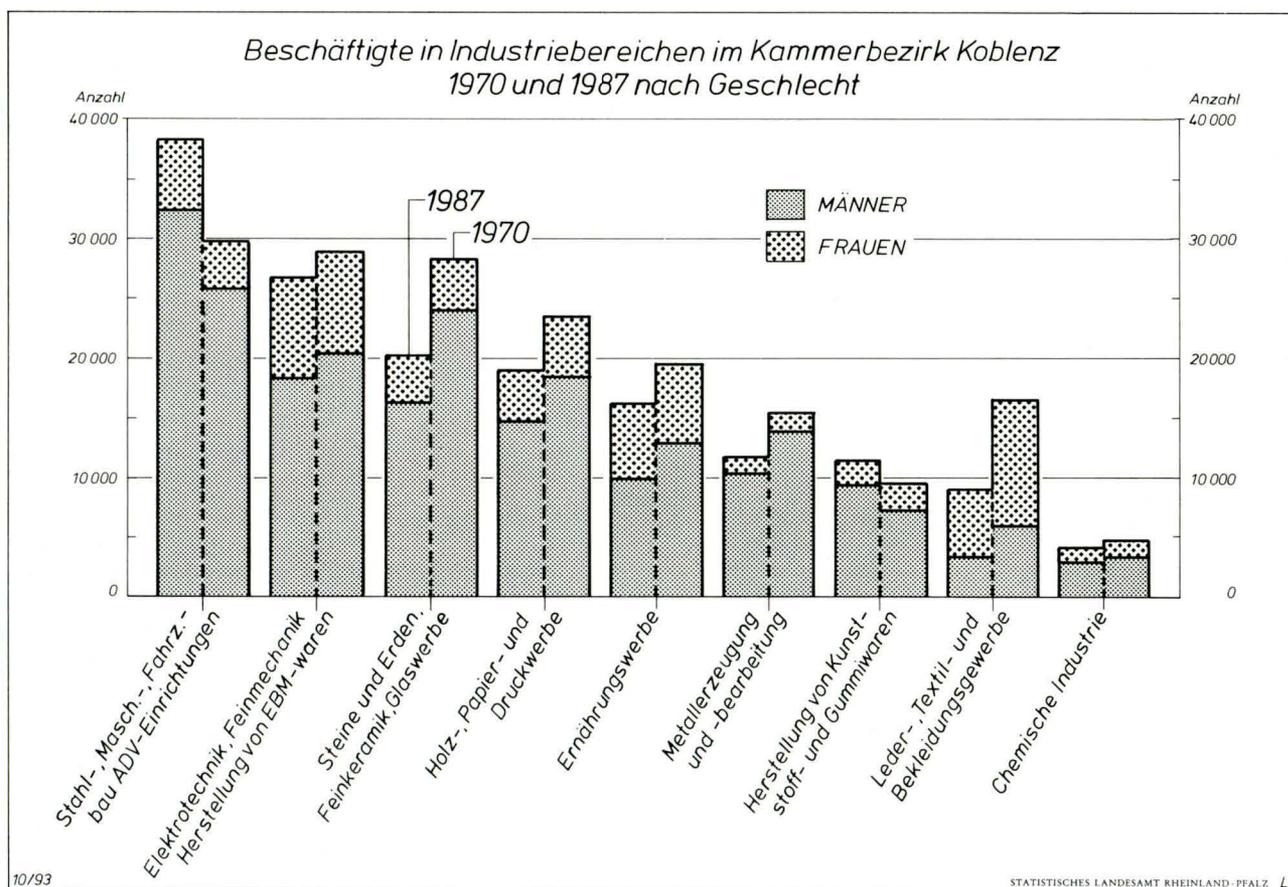
Zwei Drittel der Beschäftigten im Leder-, Textil- und Bekleidungsgerber sind Frauen

Im Kammerbezirk Koblenz ist zwischen 1970 und 1987 die Zahl der in der Industrie tätigen weiblichen Arbeitskräfte um knapp 5 000 oder 11,4 % auf 38 900 zurückgegangen. Der Rückgang war aber nicht so stark wie im Land, wo 30 800 Frauen, das sind 21 %, weniger in der Industrie beschäftigt waren als 1970. Sowohl im Kammerbezirk als auch im Land waren 1987 ein Viertel aller Industriebeschäftigten Frauen. Während im Kammerbezirk die Frauenquote gleich hoch war wie im Jahre 1970, hat sie im Land um 3 Prozentpunkte abgenommen.

Mit Abstand die höchste Frauenquote wies im Kammerbezirk Koblenz mit fast zwei Dritteln (64 %) das Leder-, Textil- und Bekleidungsgerber, und hier insbesondere das Bekleidungsgerber mit gut drei Vierteln (76 %) aller Industriebeschäftigten auf. Am niedrigsten war sie mit 11 % im Bereich der Metallerzeugung und -bearbeitung, und hier insbesondere in den Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerken (5 %). Am stärksten gewachsen ist der Frauenanteil in den Bereichen Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgerber (+ 4,8 Punkte) sowie im Ernährungsgewerbe (+ 3,9 Punkte). Den höchsten Rückgang verzeichnete mit 7,1 Punkten die Kunststoff- und Gummiwarenindustrie.

Betriebsgrößenstruktur der Industrie 1970 und 1987 im Kammerbezirk Koblenz und in Rheinland-Pfalz

Beschäftigtengrößenklassen	Kammerbezirk Koblenz				Land Rheinland-Pfalz			
	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Arbeitsstätten		Beschäftigte	
	1970	1987	1970	1987	1970	1987	1970	1987
	%							
1 - 4	64,6	52,5	9,3	7,2	65,9	51,6	7,6	5,6
5 - 19	25,0	35,5	15,2	19,8	23,9	36,4	11,5	15,8
20 - 49	5,5	7,0	12,0	13,6	5,2	6,7	9,2	10,2
50 - 199	3,8	3,8	25,3	22,5	3,6	3,9	19,3	18,3
200 - 999	1,0	1,1	28,5	26,4	1,2	1,2	26,1	22,5
1 000 und mehr	0,1	0,1	9,7	10,5	0,2	0,2	26,3	27,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100



Starke Ausweitung der Teilzeitarbeit

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat dagegen deutlich zugenommen. Sie ist im Kammerbezirk Koblenz im Beobachtungszeitraum um mehr als 5 000 oder 78 % auf 11 560 angestiegen. Ihr Anteil hat sich auf 7,4 % verdoppelt. Im Land stieg die Teilzeitarbeit ebenfalls an, aber nicht im gleichen Maße. Die Teilzeitquote erhöhte sich hier von 3,4 % im Jahre 1970 auf 6,5 % im Jahre 1987.

Die höchste Teilzeitquote wiesen im Kammerbezirk Koblenz erwartungsgemäß auch die Industriebetriebe mit der höchsten Frauenquote auf. Das Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie lag mit einem Anteil der Teilzeitkräfte von 15 % an der Spitze vor dem Ernährungsgewerbe mit 13 %. Mit Abstand die höchste Teilzeitquote unter den Industriezweigen verzeichnete mit 41 % die Schuhindustrie. Der Anteil der Teilzeitkräfte hat zwischen 1970 und 1987 in allen Industriebereichen zugenommen, am stärksten im Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie mit 8,3 Punkten sowie im Ernährungsgewerbe mit 7 Punkten, am geringsten im Bereich Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas mit 2 Punkten.

Überdurchschnittlicher Rückgang der Ausländerbeschäftigung

Am 25. Mai 1987 waren im Kammerbezirk Koblenz 7 780 ausländische Arbeitnehmer in der Industrie

beschäftigt. Das ist ein Fünftel weniger als 1970. Damit ist hier die Ausländerbeschäftigung stärker zurückgegangen als im Land (- 15 %). Die Ausländerquote liegt mit 5,3 % ebenfalls unter dem Landesdurchschnitt (6,4 %).

Von den 7 780 in der Industrie tätigen ausländischen Beschäftigten des Kammerbezirks arbeiteten 1987 mehr als ein Viertel (26 %) im Bereich Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen, 22 % im Bereich Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe und weitere 13 % in der Elektroindustrie, Feinmechanik und Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren.

Die höchste Ausländerquote war im Kammerbezirk mit 8,7 % im Sektor Steine und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe zu beobachten, gefolgt von der Kunststoff- und Gummiwarenindustrie mit 7,4 %. Die wenigsten ausländischen Arbeitskräfte gab es mit 2,1 % im Ernährungsgewerbe sowie mit 3,1 % in der chemischen Industrie.

Am stärksten gestiegen ist der Ausländeranteil unter den Industriearbeitnehmern mit 1,5 Punkten in der chemischen Industrie sowie mit 0,9 Punkten im Bereich Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen. Der stärkste Rückgang erfolgte mit 1,7 Punkten in der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie mit 1,3 Punkten im Holz-, Papier- und Druckgewerbe.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Mieten unter der Lupe

Ableitung einer Mietpreisübersicht für den Rhein-Hunsrück-Kreis auf der Grundlage der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Der vorliegende Beitrag faßt die Ergebnisse einer Auswertung zusammen, die Mitte 1992 in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Landesamt und dem Katasteramt Simmern durchgeführt wurde. Das Ziel war, mit geeigneten statistischen Mitteln die wesentlichen Einflußfaktoren für die Quadratmetermieten von Mietwohnungen zu isolieren und ihre Wirkung auf die Mietpreise zu quantifizieren. Datengrundlage waren in der Hauptsache die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) von 1987. Der Untersuchungsraum war auf den Rhein-Hunsrück-Kreis beschränkt.

Im Rahmen der Auswertung wurden eine Niveauelemente und eine Strukturkomponente der Mieten ermittelt. Die Niveauelemente beziffert das durchschnittliche Mietniveau. Die Strukturkomponente dagegen besteht aus einem ganzen Satz von Zu- und Abschlägen, die auf das Mietniveau anzurechnen sind, will man der Tatsache Rechnung tragen, daß Wohnungen mietsteigernde und mietmindernde Eigenschaften haben. Während das Mietniveau einmaligen Charakter hat – es gilt nur für das Untersuchungsgebiet und nur für den Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 –, besitzt die Strukturkomponente nach den vorliegenden Ergebnissen allgemeinere Gültigkeit: Aus der Zuordnung der Mietwohnungen zu Wohnungskategorien je nach Wohnfläche, Ausstattung, Baualter und anderen mietpreisbestimmenden Merkmalen resultieren Zu- und Abschläge auf die durchschnittliche Quadratmetermiete, wie sie auch für andere Untersuchungsgebiete und andere Zeitpunkte festgestellt wurden.

Wenn das Mietpreisgefüge (die Strukturkomponente) im Zeitablauf einigermaßen konstant ist, dann lassen sich auch die Ergebnisse für das Jahr 1987 auf den heutigen Wohnungsmarkt übertragen. Gelingt es, das Mietniveau hochzurechnen, was mit dem Teilindex der Wohnungsmieten aus dem Preisindex der Lebenshaltung möglich ist, kann eine aktualisierte Mietpreisübersicht nach Wohnungskategorien erstellt werden. Der Beitrag skizziert die angewendeten Verfahren und stellt die wichtigsten Ergebnisse für das ausgewählte Untersuchungsgebiet, den Rhein-Hunsrück-Kreis, vor.

Verkehrswertermittlung

Konkreter Anlaß für die Untersuchung der Mieten und der sie bestimmenden Einflußgrößen war eine Anfrage

1) Laut Landesverordnung über Gutachterausschüsse, Kaufpreissammlungen und Bodenrichtwerte (Gutachterausschußverordnung) vom 15. Mai 1989 (GVBl. S. 153) ist in Rheinland-Pfalz für jeden Landkreis, jede kreisfreie oder große kreisangehörige Stadt ein Gutachterausschuß zu bilden, der auf Antrag Gutachten über den Verkehrswert von unbebauten oder bebauten Grundstücken zu erstatten hat. Zur Durchführung dieser Aufgabe hat der Ausschuß auch die hierfür erforderlichen Daten der Wertermittlung abzuleiten. Dazu gehören letztlich sämtliche Daten, die für eine sachgerechte Wertermittlung regelmäßig benötigt werden.

2) S. u. a.: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Gemeindestatistik 1987, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 330; Gebäude und Wohnungen 1987, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 335 sowie Hawliczek, Ingo: Wohnungsmieten, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 11 / 1991, S. 259 ff.

des Gutachterausschusses für den Bereich des Rhein-Hunsrück-Kreises, der einschlägige Informationen für die Verkehrswertermittlung von bebauten Wohnbaugrundstücken benötigte¹⁾.

Eine Methode der Wertermittlung ist das sogenannte Ertragswertverfahren. Hier wird von dem Ertrag, also den erzielbaren Mieteinnahmen, auf den Wert einer Immobilie geschlossen: Je höher der Reinertrag und je länger die voraussichtliche Restnutzungsdauer des Gebäudes, desto höher ist der Verkehrswert. Da bei den zu bewertenden Objekten die Miete bekannt sein dürfte, erfordert dies zunächst noch nicht eine Analyse der Mietpreise nach ihren bestimmenden Faktoren. Das Problem liegt vielmehr darin, daß bei der Wertermittlung von der nachhaltig, also langfristig, erzielbaren Durchschnittsmiete auszugehen ist, die ihrerseits von der Größe und Ausstattung der Wohnungen sowie anderen Bestimmungsfaktoren abhängt.

Die Marktmiete, der zum aktuellen Zeitpunkt bei einer Neuvermietung zu erzielende Mietzins, kann nur ein Anhaltspunkt für die benötigte Durchschnittsmiete sein, da sie bestehende Mietverträge und die darin vereinbarten (in der Regel niedrigeren) Mieten nicht berücksichtigt. Das gilt ebenso für die sogenannten ortsüblichen Vergleichsmieten aus den Mietpreisspiegeln nach dem Gesetz zur Regelung der Miethöhe (MHG), die eine Darstellung des Mietniveaus der jeweils letzten drei Jahre bieten. Hinzu kommt, daß Mietpreisspiegel mit Vergleichsmieten nach dem MHG in der Regel nur für größere Städte (z. B. Mainz, Koblenz) erstellt werden. Für den Bereich des Rhein-Hunsrück-Kreises liegt eine entsprechende Übersicht nicht vor.

Die Mietpreisspiegel enthalten die (Netto-)Kaltmieten je qm Wohnfläche, die in den jeweils letzten drei Jahren vereinbart oder geändert worden sind. Dabei muß das Verhältnis zwischen vereinbarten und geänderten Entgelten gleichwertig berücksichtigt sein, und zwar jahrgangsweise im Verhältnis 1 : 1. Die Mietpreisspiegel sollen im Abstand von zwei Jahren aktualisiert, d. h. der Marktentwicklung angepaßt werden.

Die Durchschnittsmiete als Mittelwert aller tatsächlich gezahlten Mieten auf dem Wohnungsmarkt – und gesuchte Ausgangsgröße für die Wertermittlung – liegt mit Sicherheit sowohl unter der Marktmiete als auch unter der Vergleichsmiete nach dem MHG.

Mietpreisübersicht auf der Grundlage der GWZ 1987

Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 wurden unter anderem die Wohnungsmieten erfaßt und Ergebnisse dazu veröffentlicht²⁾. Die GWZ bietet darüber hinaus eine Reihe von Informationen über quantitative und qualitative Eigenschaften von Mietwohnungen, die Einfluß auf die Höhe der Miete haben und bei der Ermittlung von Durchschnittsmieten

nach Wohnungskategorien berücksichtigt werden müssen. Als Totalerhebung vermittelt die GWZ zudem einen umfassenden Überblick über einen regionalen Wohnungsmarkt wie den Rhein-Hunsrück-Kreis.

Da die GWZ inzwischen mehr als fünf Jahre zurückliegt, ist zu überlegen, ob eine Analyse dieses Materials heute noch zu verwertbaren Ergebnissen führen kann. Wie eingangs bereits erwähnt, mündet die Analyse der Wohnungsmieten in eine Trennung nach dem Mietniveau einerseits und der Mietpreisstruktur nach unterschiedlichen Wohnungskategorien andererseits. Die Niveauelemente der GWZ 1987 ist aufgrund der Entwicklung des Wohnungsmarktes in den vergangenen fünf Jahren mit Sicherheit veraltet. Dagegen ist nicht anzunehmen, daß in der Bewertung von Wohnungsmerkmalen eine maßgebliche Änderung eingetreten ist: Wenn 1987 - relativ zum damaligen Mietniveau - Mietzuschläge zu verzeichnen waren, falls es sich z. B. um gut ausgestattete und / oder Neubauwohnungen handelte, und Abschläge für Wohnungen, die einer niedrigen Ausstattungsklasse und / oder der Gruppe der Altbauten angehörten, dann sollten sie - relativ zum heutigen Mietniveau - auch fünf Jahre nach der GWZ noch zutreffen. Eine Reihe von Indizien für die geringe Veränderlichkeit der strukturellen Komponente der Mietpreise wird später noch angesprochen. Das Mietgefüge, die Mietpreisstruktur, anhand der Daten aus der GWZ 1987 zu ermitteln, ist daher durchaus sinnvoll. Für die Fortschreibung des Mietniveaus muß dagegen auf andere Quellen, wie den Index der Lebenshaltungskosten, zurückgegriffen werden.

Einsatz der Regressionsanalyse

Als nächstes stellt sich die Frage nach der geeigneten Methode, das Mietgefüge aus dem Material der GWZ herauszufiltern. Man könnte daran denken, die Wohnungen im Untersuchungsgebiet nach einem möglichen Einflußfaktor, z. B. dem Baualter der Gebäude, zu gliedern und die Durchschnittsmieten je qm nach Baualtersklassen zu bilden. Für den Rhein-Hunsrück-Kreis ergibt sich zum Stand der GWZ 1987 eine Durchschnittsmiete aller Mietwohnungen von 5,27 DM je qm. Für Wohnungen in Gebäuden der Baualtersklasse „1981 und später“, also für Neubauwohnungen, beträgt sie 6,29 DM. Mithin wären diese durchschnittlich um rund 20% teurer. Ältere Wohnungen der Baujahre 1957 und früher kosten dagegen 4,85 DM je qm und liegen um knapp 10% unter dem Durchschnitt aller Wohnungen. Es gibt jedoch begründete Zweifel, daß sich darin wirklich der Einfluß des Baualters auf die Mieten spiegelt. Neubauten sind üblicherweise besser ausgestattet als Altbauwohnungen. Sie verfügen, vor allem in ländlich geprägten Gegenden wie dem Rhein-Hunsrück-Kreis, eher über Bad, WC in der Wohnung und Sammelheizung als letztere. Altbauten ihrerseits sind in der Regel auch mit älteren Mietverträgen gekoppelt. Die Mieten aus solchen Verträgen liegen erfahrungsgemäß unter der Marktmiete, die die Miethöhe bei neuen Verträgen (und bei Neubauten) bestimmt. Die Beispiele lassen sich fortsetzen. Festzuhalten bleibt, daß Neu- und Altbauten wie auch die übrigen Wohnungen in bezug auf weitere mietbestimmende Faktoren keine homogene Struktur aufweisen, weshalb die Durch-

schnittsmiete nach den einzelnen Kategorien kein verlässliches Maß für den Einfluß des Merkmals „Baualter“ auf die Miethöhe sein kann.

Was für die Ermittlung des Mietgefüges aus der GWZ benötigt wird, sind demnach Verfahren, die den Einfluß eines quantitativen oder qualitativen Wohnungsmerkmals unter gleichzeitiger Berücksichtigung aller anderen mietbestimmenden Größen beziffern, also bereinigte Durchschnittswerte für die Kategorien des betreffenden Wohnungsmerkmals liefern. Solche Verfahren stehen mit der Regressions- und der Varianzanalyse zur Verfügung. Für die Untersuchung der Mieten im Rhein-Hunsrück-Kreis wurde die Methode der Regressionsanalyse gewählt.

Analysemasse und Definitionen

Die in die Analyse einbezogenen Fälle sind alle bewohnten reinen Mietwohnungen mit Mietangaben im Rhein-Hunsrück-Kreis. Nicht enthalten sind Freizeitwohnungen, Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung und von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnte Wohnungen. Ebenso wenig sind Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftswohnungen bzw. aus anderen Gründen, z. B. wegen finanzieller Vorleistungen, verbilligt oder kostenlos überlassene Wohnungen berücksichtigt. Weggelassen wurden auch völlig untervermietete Wohnungen. Die Analyse beruht auf insgesamt 8 845 Fällen.

Die untersuchte Miete umfaßt den für die gesamte Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung monatlich vereinbarten Betrag einschließlich der monatlichen Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinreinigung. Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermieter- und Möblierungszuschlag bleiben unberücksichtigt. Es handelt sich also um die Brutto-Kaltmiete einschließlich der Nebenkosten. In die Untersuchung geht diese Miete, dividiert durch die Wohnfläche der jeweiligen Wohnung, als Miete je qm ein.

Einbezogene Variablen

Aus der Sicht der Regressionsanalyse ist die Miete die abhängige, also die zu erklärende Variable. Als Einflußfaktoren, die die Höhe der Miete je qm erklären sollen, wurden die nachstehenden unabhängigen Variablen in die Analyse aufgenommen:

- Wohnfläche
- Ausstattung der Wohnung mit Sammelheizung, Bad und WC
- Mietdauer (Einzug vor ... Jahren)
- Bodenrichtwert
- Baujahr des Gebäudes (Baualter)
- Art des Eigentümers
- Zahl der Räume in der Wohnung
- Zahl der Wohnungen im Gebäude

- Entfernung zur nächsten Anschlußstelle der Bundesautobahn
- öffentliche Förderung.

Übersicht 1 zeigt die für die Erklärung der Quadratmetermiete herangezogenen Einflußgrößen in der Form, wie sie in die Analyse eingingen. Der Bodenrichtwert sowie die Entfernung zur nächsten Anschlußstelle der Bundesautobahn, als Indikator für eine verkehrsgünstige Lage der Wohnung, sind keine Daten der Gebäude- und Wohnungszählung. Bei dem Bodenrichtwert handelt es sich um den mittleren Bodenpreis, der in den einzelnen Gemeinden für Wohnbauflächen in Neubaugebieten einschließlich der Erschließungskosten gezahlt wird. Der Gutachterausschuß ermittelt und veröffentlicht entsprechende Werte alle zwei Jahre. Die Erreichbarkeit der Autobahn wurde über die Luftlinienentfernung der einzelnen Gemeinden zu den Auffahrten Boppard bzw. Rheinböllen der A 61 festgestellt.

Ebenfalls geprüft, aber als erklärende Größe wegen fehlender Signifikanz verworfen, wurden die Einwohnergrößenklasse der Gemeinde sowie die Nationalität der Bezugspersonen der Mieterhaushalte (Deutsche, Nichtdeutsche). Der fehlende Erklärungsbeitrag der Gemeindegrößenklasse kann durch die positive Korrelation mit dem Bodenrichtwert in der jeweiligen Gemeinde begründet werden. Eine eventuelle Ungleichbehandlung von Ausländerhaushalten über den Mietpreis war in dem analysierten Material nicht festzustellen.

Die Einflußgrößen bzw. Wohnungsmerkmale, die überwiegend qualitativer Art sind, wurden in der Analyse in einer Form berücksichtigt, die für jede Wohnung aussagt, ob eine bestimmte Merkmalskategorie, d. h. Baualtersgruppe, Ausstattungsklasse, Mietdauer, Bodenwertklasse usw., zutrifft oder nicht (Dummy-Regression). Das hat den Vorteil, daß die ermittelten

Übersicht 1

Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Mietbestimmende Faktoren nach Wohnungskategorien sowie Mietniveau (Basiswert) im Rhein-Hunsrück-Kreis
Ergebnisse der Regressionsanalyse

Wohnungskategorie	Faktor	Wohnungskategorie	Faktor
Wohnungsgröße von ... m ²		Baujahr des Gebäudes	
unter 30	1,8621	bis 1957	0,9047
30 - 40	1,2643	1958 - 1963	0,9714
40 - 50	1,1461	1964 - 1972	1,0050
50 - 60	1,0381	1973 - 1980	1,0316
60 - 70	1,9636	1981 und später	1,0976
70 - 80	0,9233		
80 - 90	0,8943	Art des Eigentümers	
90 - 100	0,8474	Einzelpersonen usw.	0,9810
100 - 110	0,8461	Gemeinschaft von Wohnungseigentümern	1,0189
110 - 120	0,8173	gemeinnütziges Unternehmen	1,0871
120 und mehr	0,7658	freies Unternehmen	1,0982
		sonstiger Eigentümer	0,8380
Ausstattung der Wohnung		Zahl der Räume in der Wohnung	
mit Sammelheizung		1 - 2	0,9362
mit Bad	1,2747	3 - 6	0,9961
ohne Bad	1,1705	7 und mehr	1,0723
ohne Sammelheizung			
mit Bad	1,1126	Zahl der Wohnungen im Gebäude	
ohne Bad	0,8980	1	1,0512
ohne Bad und WC	0,6709	2 - 4	0,9463
		5 und mehr	1,0053
Einzug vor ... Jahren (gerechnet von 1987)		Entfernung zum nächsten Anschluß der Bundesautobahn, km	
0	1,1022	unter 5	1,0424
1	1,0813	5 und mehr	0,9593
2	1,0515		
3 - 7	0,9999	Öffentliche Förderung	
8 - 17	0,9277	nicht öffentlich gefördert	1,0197
18 und mehr	0,8601	öffentlich gefördert	0,9807
Bodenrichtwert (Bodenpreis in der Gemeinde) von ... DM je m ²			
unter 20	0,8694		
20 - 40	0,9423		
40 - 60	0,9948		
60 - 80	1,0301		
80 - 100	1,0664		
100 und mehr	1,1169		
		Mietniveau (Mietbasiswert)	DM/m ² 4,8842

Koeffizienten der Regressionsanalyse als Zu- oder Abschläge für diese Wohnungskategorien zu interpretieren sind. Da ein multiplikativer Analyseansatz gewählt wurde, handelt es sich um prozentuale Zu- bzw. Abschläge. Die geschätzte Miete für eine Wohnung errechnet sich danach aus der mittleren bzw. Basis-

Übersicht 2

Gebäude- und Wohnungszählung 1987
Miete je m² in DM nach Wohnungsgröße, Ausstattung und Baujahr des Gebäudes für den Rhein-Hunsrück-Kreis
Ergebnisse der Regressionsanalyse

Flächengrößenklasse Ausstattung der Wohnung	Baujahr des Gebäudes				
	vor 1958	1958 – 1963	1964 – 1972	1973 – 1980	1981 und später
bis unter 40 m ² mit Sammelheizung					
mit Bad	8,64	9,28	9,60	9,85	10,49
ohne Bad	7,94	8,52	8,82	9,05	9,63
ohne Sammelheizung					
mit Bad	7,54	8,10	8,38	8,60	9,15
ohne Bad	6,09	6,54	6,76	6,94	7,39
ohne Bad und WC	4,55	4,88	5,05	5,19	5,52
40 bis unter 60 m ² mit Sammelheizung					
mit Bad	6,14	6,60	6,82	7,01	7,45
ohne Bad	5,64	6,06	6,27	6,43	6,84
ohne Sammelheizung					
mit Bad	5,36	5,76	5,96	6,11	6,51
ohne Bad	4,33	4,65	4,81	4,94	5,25
ohne Bad und WC	3,23	3,47	3,59	3,69	3,92
60 bis unter 80 m ² mit Sammelheizung					
mit Bad	5,31	5,70	5,90	6,06	6,45
ohne Bad	4,88	5,24	5,42	5,56	5,92
ohne Sammelheizung					
mit Bad	4,64	4,98	5,15	5,29	5,63
ohne Bad	3,74	4,02	4,16	4,27	4,54
ohne Bad und WC	2,80	3,00	3,11	3,19	3,39
80 bis unter 100 m ² mit Sammelheizung					
mit Bad	4,90	5,26	5,45	5,59	5,95
ohne Bad	4,50	4,83	5,00	5,13	5,46
ohne Sammelheizung					
mit Bad	4,28	4,60	4,75	4,88	5,19
ohne Bad	3,45	3,71	3,84	3,94	4,19
ohne Bad und WC	2,58	2,77	2,87	2,94	3,13
100 bis unter 120 m ² mit Sammelheizung					
mit Bad	4,68	5,03	5,20	5,34	5,68
ohne Bad	4,30	4,62	4,78	4,90	5,22
ohne Sammelheizung					
mit Bad	4,09	4,39	4,54	4,66	4,96
ohne Bad	3,30	3,54	3,67	3,76	4,00
ohne Bad und WC	2,47	2,65	2,74	2,81	2,99
120 m ² und mehr mit Sammelheizung					
mit Bad	4,31	4,63	4,79	4,92	5,23
ohne Bad	3,96	4,25	4,40	4,52	4,81
ohne Sammelheizung					
mit Bad	3,76	4,04	4,18	4,29	4,57
ohne Bad	3,04	3,26	3,38	3,46	3,69
ohne Bad und WC	2,27	2,44	2,52	2,59	2,75

miete, die als Konstante der Regressionsgleichung bestimmt wird, multipliziert mit den Koeffizienten der für diese Wohnung zutreffenden Merkmalskategorien. Die Koeffizienten sind streng genommen Faktoren, die Werte größer als 1 annehmen, wenn es sich um einen Zuschlag auf die mittlere Miete handelt, etwa für die oberste Ausstattungsklasse der Wohnungen. Sie sind kleiner als 1, wenn es um Abschläge geht, z. B. wenn eine Wohnung einer der unteren Ausstattungsklassen angehört. Ein Koeffizient von 1,05 bedeutet dabei einen fünfprozentigen Zuschlag, ein solcher von 0,95 einen fünfprozentigen Abschlag.

Quantifizierung der Einflußgrößen

Die zehn Einflußgrößen, von der Ausstattung bis zur öffentlichen Förderung, erwiesen sich für die Erklärung der Miethöhe allesamt als hoch signifikant. Die erklärte Varianz für das Modell liegt bei 40% und steigt auf knapp 60%, wenn man die Datenbasis um eine Reihe offensichtlicher Ausreißer bereinigt. Übersicht 1 enthält für alle Kategorien aller Variablen die mit der Regressionsanalyse bestimmten und in Faktoren umgewandelten Zu- und Abschläge von der Grund- oder Basismiete. Mit ihnen ist zu rechnen, wenn die aufgeführten Kategorien für eine Wohnung zutreffen. Wie daraus leicht die Schätzmiete je qm für einen beliebigen Wohnungstyp ermittelt werden kann, soll das nachfolgende Beispiel zeigen. Geht man von einer Wohnung aus, die der höchsten Ausstattungsklasse (mit Sammelheizung, Bad und WC) zuzuordnen ist, deren Wohnfläche in einer Größenordnung von 40 bis unter 50 qm liegt, die 1981 und später erbaut, 1986 von dem Mieter bezogen wurde und in einer Gemeinde mit einem Bodenpreis von 20 bis unter 40 DM liegt, so ergibt sich:

4,8842 DM Basismiete (Mietniveau)
mal 1,2747 Zuschlag für höchste Ausstattungsklasse (+27,47%)
mal 1,1461 Zuschlag für kleinere Wohnungen, Wohnfläche 40 - 50 qm (+ 14,61%)
mal 1,0976 Zuschlag für Neubau, Baujahr 1981 und später (+ 9,76%)
mal 1,0813 Zuschlag bei geringer Dauer des Mietvertrages, Einzugsjahr 1986 (+ 8,13%)
mal 0,9423 Abschlag für niedrigen Bodenpreis, 20 - 40 DM je qm (- 5,77%)
= 7,98 DM Schätzmiete je qm Wohnfläche für eine Wohnung des angegebenen Typs im Rhein-Hunsrück-Kreis zum Stand der GWZ 1987.

Weitere mietbestimmende Größen – etwa die Nähe zur Autobahn, öffentliche Förderung, Zahl der Wohnungen im Gebäude usw. – können mit ihren Zu- und Abschlägen diesen Wert für die Miete auf die beschriebene Weise durch Multiplikation mit den zutreffenden Faktoren ergänzen. Partielle Berechnungen von Schätzmieten, wobei – wie in dem obigen Beispiel – nur ausgewählte Einflußgrößen herangezogen und die übrigen weggelassen werden, sind ohne systematische

Verzerrungen möglich, da die Faktoren der Kategorien aller unabhängigen Variablen auf ein geometrisches Mittel von 1 standardisiert sind.

In Übersicht 2 sind drei ausgewählte Einflußgrößen, nämlich Ausstattung, Wohnungsgröße und Baualter, zu einem Mietpreisschema zusammengefaßt, das einen partiellen Einblick in das Mietpreisgefüge gibt, sich durch Hinzuziehen der Zu- und Abschläge der übrigen Einflußfaktoren aber leicht erweitern läßt. Die Wohnungsgrößenklassen sind, der besseren Übersicht wegen, durch die Bildung von geometrischen Mittelwerten zu sechs Gruppen zusammengefaßt. In der Übersicht sind die Kategorien der ausgewählten Einflußgrößen vollständig durchkombiniert. Das Modell liefert also auch Schätzmieten für solche Wohnungstypen, die in dieser Form in der Realität kaum anzutreffen sein dürften. Ein Beispiel dafür ist die Kombination „Baujahr 1981 und später,“ und „ohne Sammelheizung, ohne Bad und WC“.

Im Zusammenhang mit Übersicht 2 sei noch einmal darauf hingewiesen, daß der Untersuchungsansatz auf die Ermittlung der bereinigten durchschnittlichen Einflüsse von Wohnungsmerkmalen auf die Quadratmetermiete abgestellt ist. Ein solches Mietpreisschema wie in Übersicht 2 ist daher, auch nach Hochrechnung auf das heutige Mietniveau, nicht als Ersatz für Mietpreisspiegel mit ortsüblichen Vergleichsmieten nach dem Gesetz zur Regelung der Miethöhe zu sehen.

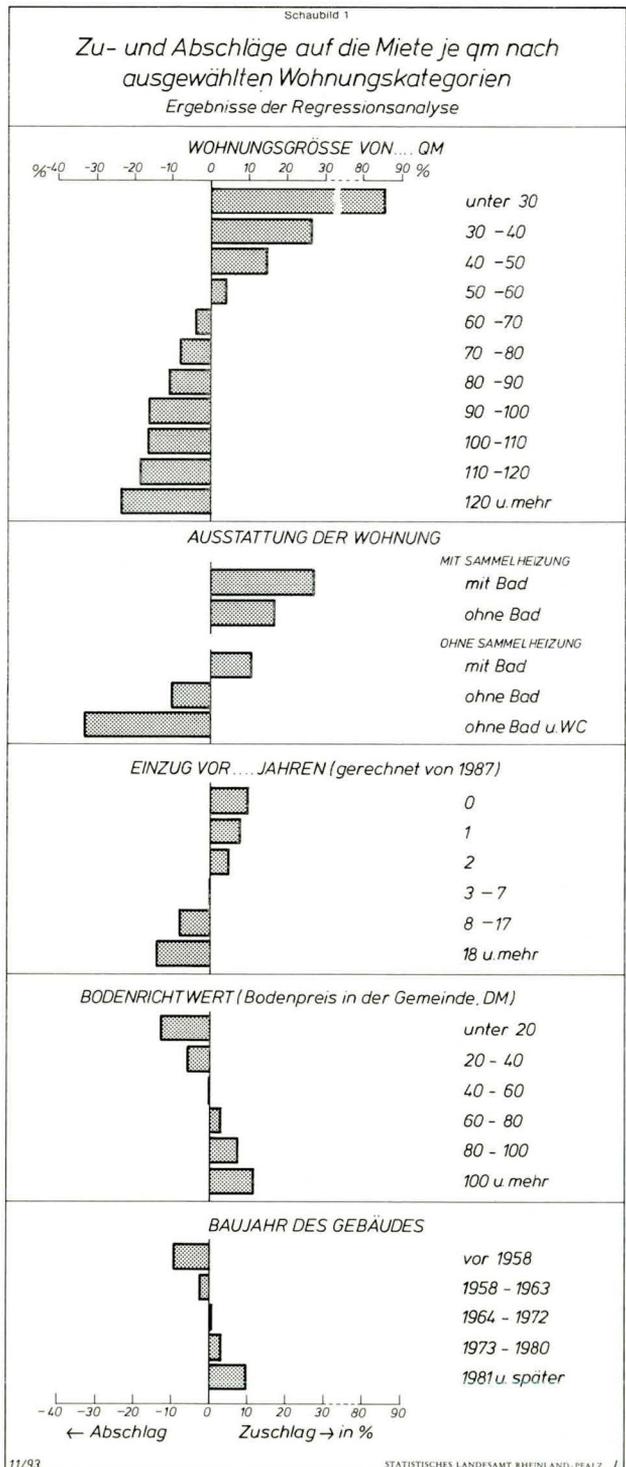
Die durch die Regressionsanalyse ermittelten Zu- und Abschläge stellen das gesuchte Mietpreisgefüge dar, von dem unterstellt wird, daß es sich bis heute nicht wesentlich verändert hat. Bei dem sogenannten Mietbasiswert handelt es sich dagegen um das Niveau der Mieten im Rhein-Hunsrück-Kreis zum Zeitpunkt der GWZ 1987. Dieses Niveau hat sich von 1987 bis heute sehr wohl verändert. Auf seine Hochrechnung auf den Stand von 1992 wird noch einzugehen sein.

Wohnfläche und Ausstattung mit dem größten Einfluß

Schaubild 1 zeigt die grafische Darstellung der prozentualen Zu- und Abschläge aus Übersicht 1 für fünf der wichtigsten Einflußgrößen. Ihre Bedeutung für das Mietgefüge ist an dem Ausschlag der Säulen in den einzelnen Diagrammen abzulesen. Der Erklärungsbeitrag der unabhängigen Variablen läßt sich jedoch auch berechnen.

Der Erklärungsbeitrag wurde verteilungsunabhängig ermittelt, damit er sich ggf. mit Untersuchungen für andere Gebiete und/oder auf der Basis anderen Datenmaterials vergleichen läßt. Verteilungsunabhängig heißt, daß nicht die Struktur des Wohnungsbestandes speziell im Rhein-Hunsrück-Kreis zum Zeitpunkt der GWZ 1987, sondern eine (fiktive) orthogonale Struktur zugrundeliegt, die sich auch für andere Gebiete und/oder Zeitpunkte erzeugen läßt. Erst dadurch wird ein direkter Vergleich von Erklärungsbeiträgen möglich. Die Beiträge aller Einflußgrößen summieren sich zu 100%, also der durch das Regressionsmodell insgesamt erklärten Varianz der Mieten.

Den größten Einfluß auf die Quadratmetermieten hat die Wohnfläche. 40 % des mit Hilfe der Regressionsanalyse ermittelten Erklärungsbeitrages gehen auf ihr Konto. Dabei zeigt sich, daß die Miete je qm mit zunehmender Wohnungsgröße sinkt. In der Größenklasse „unter 30 qm“, steht ein Zuschlag von über 80% zu Buche (Faktor: 1,8621 ; s. Übersicht 1). In Verbindung mit dem Mietniveau (Mietbasiswert) von 4,88 DM entspricht das einem durchschnittlichen Mietpreis von über 9,- DM je qm. Mit zunehmender Wohnungsgröße nimmt der Mietpreis nahezu kontinuierlich ab und erreicht für Wohnungen mit mehr als 120 qm einen



Durchschnittswert von 3,74 DM (Faktor: 0,7658; Abschlag: -23,42 %).

Wie nicht anders zu erwarten, ist auch die Ausstattung der Wohnungen stark mietpreisbestimmend. Die aus dem Vorhandensein bzw. Fehlen von Sammelheizung, Bad und WC gebildeten Ausstattungskategorien liefern 36% des Erklärungsbeitrages. Die Spannweite der Zu- bzw. Abschläge reicht von +27% (Faktor: 1,2747) in der höchsten bis zu -33% (Faktor: 0,6709) in der niedrigsten Ausstattungsklasse.

Die in der Reihenfolge der Übersicht 1 nächsten Variablen – Mietdauer (Einzug vor ... Jahren), Bodenpreis, Baualter und Art des Eigentümers – steuern Erklärungsanteile zwischen 7% und 3% bei. Der Einfluß der übrigen Variablen – Zahl der Räume in der Wohnung, Zahl der Wohnungen im Gebäude, Entfernung zur Autobahn und öffentliche Förderung – ist statistisch ebenfalls noch signifikant, führt jedoch nur noch zu vergleichsweise geringen Zu- und Abschlägen auf die Quadratmetermiete. Die Richtung des Einflusses entspricht überwiegend den Erwartungen: Je länger die Mietdauer, je niedriger der Bodenpreis in der Gemeinde und je älter das Gebäude, um so niedriger ist die Miete je qm anzusetzen. Sie steigt mit der Zahl der Räume in der Wohnung, und Zuschläge auf die Basismiete sind ebenfalls zu erwarten, wenn die Autobahn leicht erreichbar ist. Blickt man auf die Vermieter (Art des Eigentümers), stellt man fest, daß gemeinnützige wie auch freie Wohnungsunternehmen die Anpassung des Mietzinses an die Marktmiete anscheinend konsequenter verfolgen als die übrigen Vermieter (Faktoren: 1,0871 bzw. 1,0982). Auch für vermietete Eigentumswohnungen, vielfach Renditeobjekte, sind überdurchschnittliche Mieten zu verzeichnen (Faktor: 1,0189). Die öffentliche Förderung spielt kaum eine Rolle: Geförderte sind nur geringfügig preiswerter als nicht geförderte Wohnungen.

Das einzig überraschende Ergebnis liefert die Variable „Zahl der Wohnungen im Gebäude“, die nach vermieteten Einfamilienhäusern sowie kleineren (2 bis 4 Wohnungen) und größeren Einheiten (5 und mehr Wohnungen) unterscheidet. Für Einfamilienhäuser war eigentlich ein höherer Zuschlag (Faktor: 1,0512) erwartet worden, und es war auch nicht damit zu rechnen, daß Mieten bei Mehrfamilienhäusern in größeren Einheiten über denen in kleineren Einheiten liegen³⁾.

Nicht berücksichtigte Faktoren

Neben den hier vorgestellten gibt es weitere Variablen, die den Mietpreis bestimmen, aber weder aus der GWZ 1987 noch aus anderen Quellen zur Verfügung standen. Zum einen handelt es sich um sogenannte Nachbarschaftsmerkmale, die die Lage des Objektes

3) Daß es sich bei diesem Effekt nicht um einen „Ausrutscher“ oder um das Ergebnis einer eventuell besonderen Datenlage im Rhein-Hunsrück-Kreis handelt, bestätigen andere Untersuchungen: Vgl. Behring/Börsch-Supan/Goldrian: Wohnungsnachfrageprognose 1995 - Analyse und Prognose der Nachfrage nach Miet- und Eigentümerwohnungen, Schriftenreihe des IFO-Institutes, Nr. 121, Berlin/München 1988.

4) Streich, J.-W.: Abhängigkeit der Quadratmetermiete von der Wohnungsgröße, in: Deutsches Architektenblatt, Heft 3/1985, S. 336. Die Ergebnisse von STREICH sind auf die im Zusammenhang mit der GWZ-Analyse verwendeten Zu- und Abschläge umgerechnet.

und das übrige Wohnumfeld näher beschreiben. Eine Umgebung mit aufgelockerter Bauweise mit Gärten und anderen Grünflächen, mit leicht erreichbaren Verkehrs- und Gemeinschaftseinrichtungen sowie Einkaufsmöglichkeiten wirkt mit Sicherheit mietsteigernd, während für Wohnungen im dicht bebauten Ortskern, eventuell mit Belästigungen durch Immissionen, Abschläge von der Durchschnittsmiete zu verzeichnen sein dürften.

Die Operationalisierung der Mietpreisstruktur könnte erheblich verbessert werden, wenn die mietpreisbestimmenden Eigenschaften der Gebäude und Wohnungen differenzierter erfaßt wären. Dazu gehört ein günstiger oder ungünstiger Grundriß der Wohnung ebenso wie eine günstige oder ungünstige Lage im Gebäude. Besondere Ausstattungen wie Balkone und Terrassen, offene Kamine, Kachelöfen, besondere Fußböden und Wandverkleidungen, Isolierverglasung und andere Maßnahmen zur Lärm- oder Kälte-dämmung, Gemeinschaftseinrichtungen und Fahrstühle (in größeren Mehrfamilienhäusern) und anderes mehr sind Merkmale, die auf dem Wohnungsmarkt mietpreissteigernd wirken. Gerade bei vermieteten Einfamilienhäusern, die mit über 1300 Objekten mehr als 15% der untersuchten Einheiten ausmachen, scheint das Spektrum von der einfachen bis zur Luxusausstattung sehr breit zu sein. Für sie ist die durch die Regressionsanalyse nicht erklärbare Restvarianz im Vergleich zu den anderen Wohnungskategorien relativ hoch.

Schließlich können auch der Mietpreisgestaltung durch den Vermieter sehr unterschiedliche Motive zugrunde liegen, die nicht erfaßt und daher einer Analyse nicht zugänglich sind. Das betrifft insbesondere die in der GWZ 1987 als sogenannte Einzelpersonen gekennzeichneten Vermieter, die im Rhein-Hunsrück-Kreis über 80% der untersuchten Mietwohnungen anbieten. Sie können eine Wohnung oder ein Haus als Renditeobjekt ansehen und die Quadratmetermieten entsprechend hoch ansetzen. Relativ niedrige, unter dem aktuellen Marktniveau liegende Mieten sind möglicherweise Ausdruck des Wunsches, häufigen Mieterwechsel zu vermeiden. Persönliche Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter spielen in einem mehr ländlich geprägten Gebiet, wie dem Rhein-Hunsrück-Kreis, mit Sicherheit ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Festsetzung der Mieten.

Vergleich mit anderen Untersuchungen

Die hier vorgestellten Ergebnisse zur Mietpreisstruktur nach Wohnungskategorien bestätigen, was frühere Untersuchungen, gestützt auf andere Datengrundlagen, für abweichende Gebietsabgrenzungen und mit unterschiedlichen Analyseansätzen, erbracht haben. Ausgewählte Vergleiche, soweit das aufgrund der abweichenden Analyseansätze möglich war, sind in Schaubild 2 wiedergegeben.

Der erste Teil des Diagramms stellt die Zu- und Abschläge nach der Wohnungsgröße (GWZ 1987) den Ergebnissen von STREICH⁴⁾ gegenüber, der 1985 vergleichbare Zusammenhänge zwischen Miete je qm und Wohnfläche auf dem Lübecker Wohnungsmarkt festgestellt hat (Streich 85). Die Ergebnisse zeigen vor allem

für mittlere und größere Wohneinheiten eine gute Übereinstimmung, differieren aber bei kleineren Wohnungen. Dies kann durch die unterschiedlichen regionalen Wohnungsmärkte begründet sein, wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Ursache der Abweichungen im Analyseansatz zu suchen ist.

Um die Analysemasse möglichst frei vom Einfluß anderer mietbestimmender Wohnungsmerkmale zu halten, untersuchte STREICH nur Altbauwohnungen im Vorstadtbereich mit weitgehend einheitlicher Ausstattung. Hinzu kommt, daß STREICH bei einer Analysemasse von 75 Wohnungen auf eine einfache, halblogarithmische Regressionsfunktion zurückgreifen mußte, die unter Umständen die extremen Klassen nicht mehr ausreichend abbildet.

Das IFO-Institut hat 1988 eine Untersuchung auf der Basis der 1%-Wohnungsstichprobe von 1978 vorgelegt (IFO 78)⁵⁾. Die dort ermittelten Zu- und Abschläge nach der Mietdauer (Einzug vor ... Jahren, s. mittlerer Teil des Diagramms in Schaubild 2) für den Gebietstyp „Umland in Regionen mit Verdichtungsansätzen“ stimmen sehr gut mit denen überein, die aus der GWZ 1987 für den Rhein-Hunsrück-Kreis festgestellt wurden. Die Wirkung der Wohnungsausstattung auf den Mietpreis ist zwischen IFO 78 und GWZ 1987 nicht direkt vergleichbar, da sie in den jeweiligen Regressionsansätzen unterschiedlich berücksichtigt wurde. Lediglich für die Ausstattungskategorie „mit Zentralheizung“ kann gesagt werden, daß IFO 78 hier einen Zuschlag von 21% auf die Grundmiete nachweist. Dies entspricht dem geometrischen Mittel der ersten beiden Ausstattungskategorien nach GWZ 1987 „mit Sammelheizung mit Bad“ bzw. „mit Sammelheizung ohne Bad“. Die Faktoren betragen 1,2747 bzw. 1,1705 mit einem geometrischen Mittel von 1,2215, was einen Zuschlag von 22% bedeutet. IFO 78 bestätigt der Tendenz nach auch die Einflüsse von anderen Variablen wie dem Baualter, der Zahl der Räume und der Zahl der Wohnungen im Gebäude.

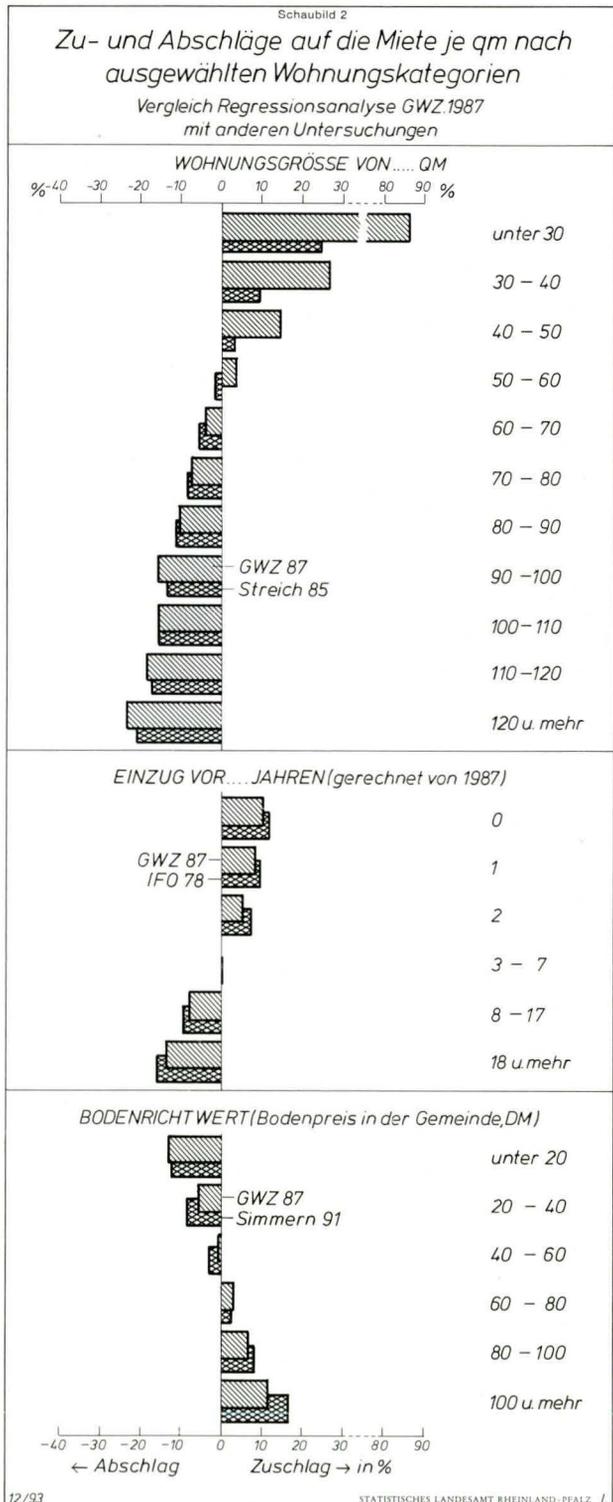
Dem nach der GWZ 1987 ermittelten Einfluß des Bodenrichtwertes werden im unteren Teil des Diagramms in Schaubild 2 die entsprechenden Lagefaktoren des Gutachterausschusses für den Rhein-Hunsrück-Kreis (Simmern 91) gegenübergestellt, die dieser aus dem Zusammenhang zwischen Quadratmetermieten und Bodenpreisen unabhängig von der GWZ 1987 abgeleitet und bisher bei eigenen Untersuchungen benutzt hat⁶⁾.

Die angesprochenen Vergleiche zwischen den Untersuchungen liefern zwar keinen lückenlosen Beleg, aber dennoch eine Reihe von Indizien dafür, daß die Mietpreisstruktur (im Gegensatz zum Mietniveau) über längere Zeiträume relativ konstant ist, und daß auch zwischen regionalen Teilmärkten Übereinstimmungen bestehen.

Hochrechnung auf spätere Jahre

Für die Mietpreisstruktur aufgrund mietbestimmender Einflußgrößen wird unterstellt, daß sie sich seit der GWZ 1987 nicht wesentlich verändert hat. Damit muß eine Aktualisierung des Mietpreisschemas bei der zweiten Komponente, dem Mietniveau, ansetzen.

Im Rahmen des Index der Lebenshaltungskosten liefert die amtliche Statistik einen Teilindex für die Wohnungsmieten, der durch die Befragung von Vermietern in 118 ausgewählten Gemeinden des Bundesgebietes



5) Behring/Börsch-Supan/Goldrian: Wohnungsnachfrageprognose 1995 - Analyse und Prognose der Nachfrage nach Miet- und Eigentümerwohnungen, Schriftenreihe des IFO-Institutes, Nr. 121, Berlin/München 1988. Die Ergebnisse sind auf die im Zusammenhang mit der GWZ-Analyse verwendeten Zu- und Abschläge umgerechnet.

6) Becker/Burkard/Müller: Ermittlung von Marktanpassungsfaktoren für die Grundstücksbewertung im Rhein-Hunsrück-Kreis, in: Nachrichtenblatt der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz, Heft 4/1991, S. 173.

ermittelt wird. Er bezieht sich auf eine Drei-Zimmer-Wohnung mit Küche, Bad oder Dusche, Zentralheizung sowie Balkon oder Loggia in guter Wohnlage. Der Index der Lebenshaltungskosten wird für das gesamte Bundesgebiet erstellt. Einen regionalisierten Index für Rheinland-Pfalz, geschweige denn für den Rhein-Hunsrück-Kreis, gibt es nicht. Im früheren Bundesgebiet haben sich die Wohnungsmieten seit 1987 (Jahresdurchschnitt) von 103,4 auf 123,8 Indexpunkte im Juli 1992 erhöht, die Mieten sind demnach um 19,7% gestiegen. Es war zu prüfen, ob diese Werte für eine Aktualisierung der Mietpreisübersicht für den Rhein-Hunsrück-Kreis geeignet sind.

Dem Gutachterausschuß des Rhein-Hunsrück-Kreises lagen zum Stand Mitte 1992 Mietangaben für etwa 50 Wohnungen innerhalb des Kreises vor, für die auch eine Zuordnung nach Wohnungsfläche, Ausstattung und den übrigen mietbestimmenden Faktoren bekannt war. Für sie konnte aus den Ergebnissen der Dummy-Regression und dem Mietniveau von 1987 eine geschätzte Miete für den Zeitpunkt der GWZ errechnet werden. Die Gegenüberstellung der geschätzten Mieten mit den aktuellen Mietpreisen dieser Wohnungen von 1992 ergab einen Anstieg von 19,2%. Der Index der Wohnungsmieten wird damit als tauglicher Hochrechnungsfaktor bestätigt. Die Mietpreisübersicht auf der Grundlage der GWZ 1987 kann mit Hilfe der Steigerungsrate des Index der Wohnungsmieten auf den heutigen Stand fortgeschrieben werden. Dazu genügt es, den Mietbasiswert in Übersicht 1 bzw. die Schätzmieten der Übersicht 2 um den Faktor 1,197 zu erhöhen.

Auf den ersten Blick erscheint die laufende Wohngeldstatistik als eine weitere Möglichkeit, die Entwicklung des Mietniveaus im Zeitablauf zu verfolgen, zumal diese Quelle auch kreisscharfe Daten, z.B. für den Rhein-Hunsrück-Kreis, bietet. Die dort nachgewiesenen Quadratmetermieten werden den Wohngeldanträgen entnommen. Die Angaben zur jeweiligen Wohnung, insbesondere zu den mietpreisbestimmenden Merkmalen, reichen jedoch nicht aus, um bei Zeitvergleichen die Entwicklung des Mietniveaus von Strukturverschiebungen innerhalb der betrachteten Wohnungsbestände zu trennen. So kann z. B. eine Zunahme der Durchschnitts-

miete auf der Veränderung des Mietniveaus beruhen. Sie kann zu einem schwer abzuschätzenden Teil aber auch deshalb zustande kommen, weil sich unter den Wohnungen der Antragsteller zwischen zwei Beobachtungszeiträumen der Anteil gut ausgestatteter, kleinerer oder neu vermieteter Wohnungen erhöht hat. Zwar lassen die aus der Wohngeldstatistik anfallenden Mietangaben ebenfalls Rückschlüsse auf eine Steigerung des Mietniveaus im Rhein-Hunsrück-Kreis um etwa 20% seit 1987 zu, da jedoch keine befriedigende Bereinigung von Struktureffekten möglich ist, ist der Teilindex der Wohnungsmieten, der auf einen homogenen Wohnungstyp abstellt, für die Aktualisierung des Mietniveaus vorzuziehen.

Neuere Angaben über Wohnungsmieten mit entsprechenden Aktualisierungsmöglichkeiten fallen nur in Verbindung mit wohnungsstatistischen Sondererhebungen an. Für den Herbst 1993 ist eine 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe geplant, deren Ergebnisse 1994 vorliegen werden. Die definitorische Abgrenzung des Mietbegriffs wird dem der GWZ 1987 entsprechen. Allerdings sieht die Stichprobe einen umfangreicheren Fragenkatalog – auch zu mietpreisbestimmenden Wohnungseigenschaften – vor. Da es sich um eine Stichprobe handelt, werden keine Ergebnisse in tiefer regionaler Gliederung anfallen. Daten für einzelne Landkreise oder kreisfreie Städte werden nicht zur Verfügung stehen, aber es können regionale Schichten gebildet werden, deren durchschnittliche Einwohnerzahl bei etwa 300 000 Personen liegen wird. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die Daten der Wohnungsstichprobe nach regionalen Gebietstypen, wie z. B. verdichtete Gebiete und deren Randzonen, ländliche Gebiete, mit Verdichtungsansätzen und übrige ländliche Gebiete, getrennt zu analysieren und so zu aktuellen Erkenntnissen über die mietbestimmenden Einflußgrößen zu gelangen, die auch auf kleinere regionale Wohnungsmärkte des Landes übertragbar sind.

Diplom-Ingenieur Wolfgang Becker,
Katasteramt Simmern

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Diplom-Volkswirt Rudolf-E. Lehmann

Bauherrendatei und neues Verfahren der Bauüberhangsstatistik

Nach § 12 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) sind bei periodischen Erhebungen die zur Bestimmung des Befragungskreises erforderlichen Hilfsmerkmale getrennt von den Erhebungsmerkmalen aufzubewahren.

Eine solche periodische Erhebung ist die im Rahmen der Bautätigkeitsstatistiken vorzunehmende Bauüberhangserhebung, bei der jeweils zum Jahresende der Bauzustand von genehmigten und noch nicht fertiggestellten Gebäuden erfragt wird. Die Hilfsmerkmale dienen der technischen Abwicklung der Erhebung, und zwar um den Bauaufsichtsbehörden die Identifizierung des jeweiligen Bauvorhabens zur Feststellung des Bauzustandes zu ermöglichen. Hilfsmerkmale im Sinne der Bauüberhangsstatistik sind

- Name und Anschrift des Bauherren
- Lage des Baugrundstückes (Kreis, Gemeinde, Gemeindeteil, Straße, Hausnummer)
- Bauschein-Nummer / Aktenzeichen
- Datum der Baugenehmigung

Die einzelnen Bauzustandskategorien in der Bauüberhangsstatistik sind

- noch nicht begonnen
- im Bau, aber noch nicht unter Dach
- unter Dach (rohbaufertig)
- Baugenehmigung ist erloschen
- Bauvorhaben ist fertiggestellt

Bisheriges Bauüberhangsverfahren

Nach der Erfassung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale – mit Ausnahme der Anschrift des Bauherren – und Aufbereitung der Baugenehmigungsstatistik erfolgte bislang eine Sortierung der Erhebungsbogen sowie eine laufende Aktualisierung der Kartei der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben. Zusätzlich war eine laufende Sortierung der im Durchschreibeverfahren zu jeder Baugenehmigung angelegten Bauüberhangsbögen in eine gesonderte Bauüberhangskartei notwendig.

Dieser Bauüberhangsbogen enthielt sämtliche zur Identifizierung des Bauvorhabens benötigten Merkmale. Aus der Baugenehmigungs- und aus der Bauüberhangskartei waren im Laufe des Berichtsjahres eingehende Baufertigstellungen sowie als erloschen gemeldete Bauvorhaben manuell auszusortieren.

Die Befragung über den Bauzustand der Gebäude am Jahresende machte den Versand der gesamten Bauüberhangskartei an die jeweiligen Bauaufsichtsbehörden

den notwendig. Um den vollständigen Rücklauf der Bögen nach erfolgter Bearbeitung durch die Baubehörden zu gewährleisten, war alljährlich die Numerierung der Erhebungsvordrucke erforderlich.

Vorteile des neuen Verfahrens

Mit der Umstellung des Verfahrens im Jahre 1991 und der Einführung einer Bauherrendatei sind mehrere Verbesserungen verbunden :

1. Die in § 12 Abs. 1 BStatG vorgeschriebene räumliche Trennung der Hilfsmerkmale (Bauherrendatei) von den eigentlichen Erhebungsmerkmalen wird rascher ermöglicht, da der Bauüberhangsbogen (mit Hilfs- und Erhebungsmerkmalen) nicht mehr für ein- oder mehrmalige Bauzustandsfeststellungen vorgehalten werden muß.
2. Die Erfassung der Hilfsmerkmale in eine maschinenlesbare Form ermöglicht den Wegfall einer zweiten Kartei, nämlich der Bauüberhangskartei.

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
- Sachgebiet 332 -
5427 Bad Ems

Bautätigkeitsstatistik

Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben 1992
Kontrollliste für den Bauüberhang

Blatt 4159

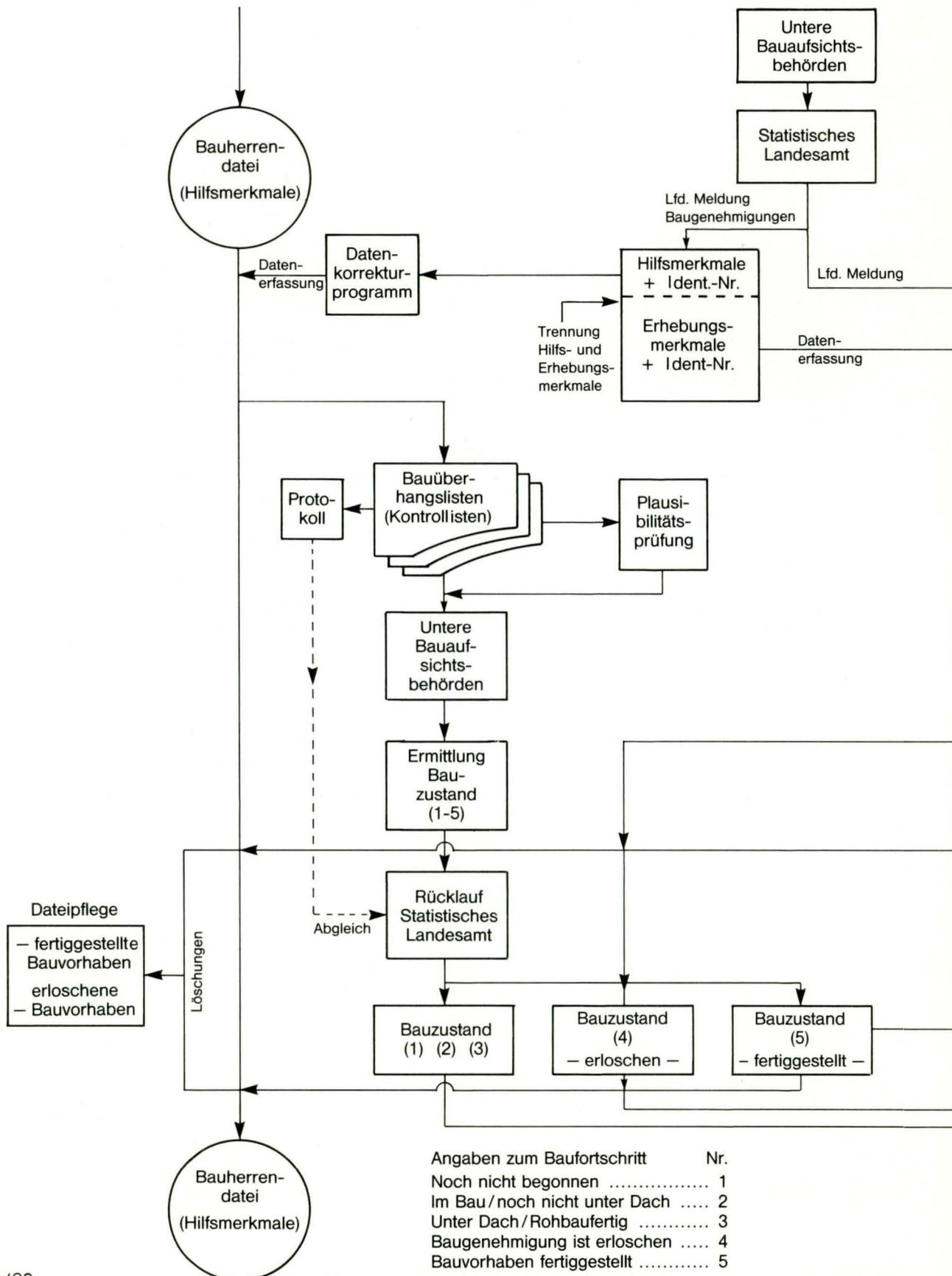
MUSTER

Berichtsstelle: Ingelheim am Rhein, Stadt

Regionalangaben	Ident.-Nr. Bauscheinnummer bzw. Aktenzeichen	Art des Gebäudes Art der Bautätigkeit	Name des/der Bauherren/in Sitz/Anschrift	Lage des Baugrundstückes Straße/Nr. Gemeinde/-teil	Nur Schlüssel-Nr. eintragen: Angaben zum Baufortschritt	
					Nr.	
					Noch nicht begonnen 1 Im Bau/noch nicht unter Dach 2 Unter Dach/rohbaufertig 3 Baugenehmigung ist erloschen ... 4 Bauvorhaben fertiggestellt 5	
339 030	000029744 10/92	Wohngebäude Neubau	1) 6507 Ingelheim	1) 6507 Ingelheim am Rhein	Gebäude wurde genehmigt Bauzustand am 31.12.92 siehe obige Schlüssel-Nr. Fertigstellungsbogen liegt bei (ankreuzen)	92.03 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
339 030	0000419008 361/91	Nicht- Wohngebäude Neubau	 6507 Ingelheim	 6507 Ingelheim am Rhein	Gebäude wurde genehmigt Bauzustand am 31.12.92 siehe obige Schlüssel-Nr. Fertigstellungsbogen liegt bei (ankreuzen)	92.02 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
339 030	0000418906 159/91	Nicht- Wohngebäude Baumaßnahme	 6507 Ingelheim	 6507 Ingelheim am Rhein	Gebäude wurde genehmigt Bauzustand am 31.12.92 siehe obige Schlüssel-Nr. Fertigstellungsbogen liegt bei (ankreuzen)	91.10 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
339 030	0000419153 303/92	Nicht- Wohngebäude Neubau	 6507 Ingelheim	 6507 Ingelheim am Rhein	Gebäude wurde genehmigt Bauzustand am 31.12.92 siehe obige Schlüssel-Nr. Fertigstellungsbogen liegt bei (ankreuzen)	92.03 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
339 030	0000419045 116/92	Wohngebäude Neubau	 6507 Ingelheim	 6507 Ingelheim am Rhein	Gebäude wurde genehmigt Bauzustand am 31.12.92 siehe obige Schlüssel-Nr. Fertigstellungsbogen liegt bei (ankreuzen)	92.02 <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

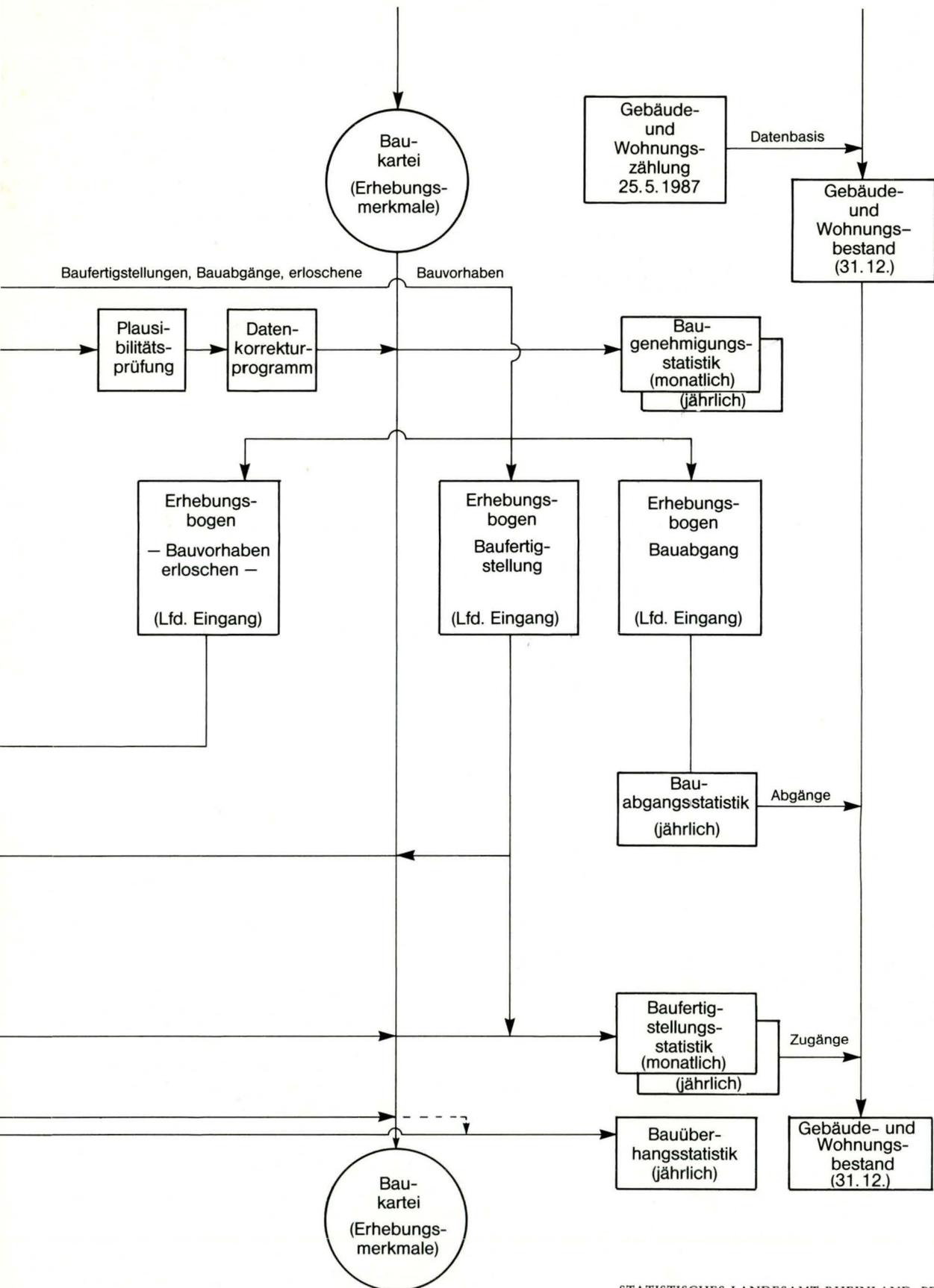
1) Namensangaben und Straßennamen des Baugrundstückes wurden unkenntlich gemacht.

Die Bauherrendatei im System



Angaben zum Baufortschritt	Nr.
Noch nicht begonnen	1
Im Bau / noch nicht unter Dach	2
Unter Dach / Rohbaufertig	3
Baugenehmigung ist erloschen	4
Bauvorhaben fertiggestellt	5

der Bautätigkeitsstatistiken



Funktion = = = >		Ident.: 0000442916	Ort: _____	Name: _____
- Informationszeile -				
BAUHERRENDATEI				
Ident-Nr.: 0000442916	Krs/Gem/GT: 111 000 _____	Behörde: _____ (Zusatzinformation bei Sonderbauämtern)		
Name:	MUSTERMANN			
Name:	EMIL			
Name:	_____			
Straße/Hausnr.:	BERGSTRASSE 6			
PLZ/Ort:	5400 KOBLENZ			
Straße Baugrundstück:	STEINSTRASSE 26			
Bauschein-Nr.:	10934			
Datum der Baugenehmigung:	92 04			
Datum der Baufertigstellung:	_____			
Datum der Aufnahme bzw. Korrektur:	92 05			

MUSTER

- Der Umfang des Erhebungsbogens für die Baugenehmigung (Durchschreibetrennsatz) konnte von bislang drei auf zwei Erfassungsbögen (Baugenehmigung und Baufertigstellung) reduziert werden. Damit verbunden ist neben der Vereinfachung des gesamten Verfahrensablaufs eine nicht unerhebliche Ersparnis von Druckkosten für Erhebungsbögen.
- Zeitintensive, bisher manuell auszuführende Arbeitsgänge, vor allem jährlich wiederkehrende Arbeiten, werden durch die direkte Eingabe über Bildschirm ersetzt.
- Der Baugenehmigungsbogen kann nach der Datenerfassung vernichtet werden.
- Die Bauaufsichtsbehörden erhalten statt der einzelnen Bauüberhangsbögen (in Einzelfällen bis zu 2 500 Stück) jeweils am Jahresende eine maschinell erstellte Kontrollliste für den Bauüberhang, in die lediglich noch der Bauzustand der Gebäude einzutragen ist. Nach abgeschlossener Bearbeitung wird diese Kontrollliste an das Statistische Landesamt zur Datenerfassung zurückgesandt.

Aufbau der Bauherrendatei

Mitte 1991 wurde mit dem Aufbau der Bauherrendatei begonnen. Zunächst war es notwendig, alle Hilfsmerkmale aus der Baugenehmigungskartei mit Hilfe des Korrekturprogramms auf maschinenlesbare Datenträger zu übernehmen. Insgesamt waren die Hilfsmerkmale von rund 29 000 Bauanträgen zu erfassen.

Parallel dazu mußten die jeweils monatlich neu eingehenden Bauanträge der Berichtsjahre 1991 und 1992 mit ihren Hilfsmerkmalen in die Bauherrendatei aufgenommen werden. Die große Zahl der Nacherfassungen

und die anhaltend gute Baukonjunktur im rheinland-pfälzischen Hochbau bedingten, daß die Bauüberhangserhebung 1991 noch teilweise nach dem alten Verfahren (Versand der Erhebungsbögen) erfolgen mußte. Im November 1992 waren alle Erfassungsarbeiten abgeschlossen, so daß der Bauüberhang 1992 erstmals vollständig mit dem neuen Verfahren (Kontrollliste) ermittelt wurde.

Datenkorrekturprogramm

Mit dem Datenkorrekturprogramm besteht die Möglichkeit, Datensätze in der Bauherrendatei neu aufzunehmen (Bauvorhaben genehmigt), zu ändern (Korrekturen) oder zu löschen (Baufertigstellungen, erloschene Bauvorhaben). Die Neuaufnahme bzw. Korrektur von Daten geschieht mit Hilfe einer Bildschirmmaske. Das Bearbeitungsverfahren wird mit einer Eingangsmaske gestartet. Die gewünschte Verarbeitungsart ist im Feld „Auswahl“ und die zu bearbeitende Datei im Feld „Dateiname“ anzugeben.

Damit die Erfassung und spätere Ausgabe der Hilfsmerkmale differenziert nach der jeweils für das Bauvorhaben zuständigen Bauaufsichtsbehörde erfolgen kann, wurde jeder rheinland-pfälzischen Genehmigungsbehörde ein eigener Dateiname zugeordnet. Derzeit genehmigen in Rheinland-Pfalz 36 Stadt- bzw. Kreisverwaltungen, die Stadtverwaltungen von 8 großen kreisangehörigen Städten, 21 Verbandsgemeindeverwaltungen, 7 Staatsbauämter und 2 Sonderbauämter (OPD Koblenz, OFD Koblenz) Hochbauvorhaben. Die Unterscheidung der Bauämter ist notwendig, da jede Behörde am Jahresende eine eigene Bauüberhangsliste zur Bearbeitung erhält. Die Trennung der Bauaufsichtsbehörden erfolgt zunächst mit der Eingabe des dreistelligen Kreisschlüssels als Bestandteil des Dateinamens in der Eingabemaske. Da innerhalb einiger

Kreise neben den Bauaufsichtsbehörden der Stadt- bzw. Kreisverwaltung weitere Genehmigungsbehörden existieren (zum Beispiel Verbandsgemeindeverwaltungen), waren zusätzliche Unterscheidungskriterien unterhalb der 36 Verwaltungsbehörden vorzugeben. Diese tiefer gehende Differenzierung wird durch die Eingabe zusätzlicher Angaben in der Verarbeitungsmaske ermöglicht.

Mit dem Datenkorrekturprogramm werden die einzelnen Hilfsmerkmalsdatensätze sequentiell verarbeitet (Neuerfassung immer am Ende der Datei). Jeweils ein Datensatz wird auf dem Bildschirm in Reihenfolge der Speicherung dargestellt. Über vorgegebene Suchfelder in der Eingabemaske können auch einzelne Datensätze direkt ausgewählt werden (Änderungen, Löschungen). Die Verarbeitung der Datensätze wird über das Feld „Funktion“ im Kopf der Verarbeitungsmaske gesteuert.

Die Eingabe- bzw. Korrekturmaske besteht aus einem Kopf- und einem Datenteil. Der Kopf der Maske enthält neben dem steuernden Funktionsfeld eine Informationszeile. Der Datenteil enthält die Felder eines Satzes (Hilfsmerkmale). Folgende Verarbeitungsfunktionen sind auswählbar :

- Änderung / Neuaufnahme Datensatz
- Löschen Datensatz
- Umschalten in Modus Neuaufnahme / Korrektur
- Sichern aller bisherigen Änderungen
- Abbruch der Verarbeitung ohne Datensicherung
- Suchen eines Datensatzes
- Änderung der Benutzeroptionen
- Anzeigen alte Werte
- erneutes Suchen eines Datensatzes
- erneutes Ändern eines Datensatzes
- Anzeigen vorheriger Datensatz
- Anzeigen nächster Datensatz

Plausibilitätskontrolle und Kontrollliste für den Bauüberhang

Dem Versand der Kontrolllisten für den Bauüberhang an die Bauaufsichtsbehörden ist eine interne Plausibilitätskontrolle vorgeschaltet. Hierbei wird überprüft, ob jedem Hilfsmerkmalsdatensatz aus der Bauherrendatei der zugehörige Erhebungsmerkmalsdatensatz (gleiche Ident-Nr.) aus der Baukartei zugeordnet werden kann.

Unpaarigkeiten zwischen den Dateien, wie fehlende Datensätze, falsch erfaßte Identifikationsnummern oder Doppelerfassungen, müssen vor dem Kontrollistenversand korrigiert werden.

Für jede einzelne Bauaufsichtsbehörde wird am Jahresende die Kontrollliste für den Bauüberhang erstellt. Der Ausdruck erfolgt durch die zentrale Datenverarbeitung und kann im Gegensatz zu den mit dem Druckprogramm erstellten internen Prüflisten derzeit noch nicht variiert werden. Auf jedem Blatt des Ausdrucks (automatisch numeriert) sind fünf Bauvorhaben verzeichnet. Die zuständige Berichtsstelle ist jeweils in der Kopfzeile vermerkt. Die Kontrollliste enthält alle zu dem jeweiligen Bauvorhaben erfaßten Merkmale, die den Ermittlern die Identifikation des Bauvorhabens erleichtern sollen. In der Kontrollliste hat der Ermittler lediglich den Bauzustand zu vermerken. Stellt der Ermittler bei der Begehung oder anhand der Bauakten ein Gebäude fest, das zwischenzeitlich fertiggestellt worden ist, so fügt er den bei der Baubehörde verbliebenen Baufertigstellungsbogen der Kontrollliste beim Rückversand an das Statistische Landesamt bei. Alle Baufertigstellungen und die als erloschen gemeldeten Bauvorhaben werden nach Aufbereitung der Bauüberhangsstatistik aus der Bauherrendatei gelöscht.

Schlußbemerkungen

Bereits die teilweise Abwicklung der Bauüberhangserhebung nach dem neuen Verfahren zum Jahresende 1991 hat gezeigt, daß die Bauaufsichtsbehörden und die Ermittler des Bauzustandes erwartungsgemäß keine Probleme mit der Bearbeitung der Kontrollisten hatten. Die Umstellung vom Erhebungsbogen auf die Listenform ist nahezu reibungslos verlaufen.

Das Statistische Landesamt ist weiterhin bemüht, das Bauüberhangsverfahren in seiner jetzigen Form fortzuentwickeln und zu verbessern. Dies betrifft insbesondere das derzeit verwendete Druckprogramm für die Kontrollliste, das variabel gestaltet werden soll. In Zukunft soll es möglich sein, daß jede rheinland-pfälzische Bauaufsichtsbehörde neben der Sortierung der Bauvorhaben nach Gemeinden speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Kriterien für die Kontrollistensortierung vorgeben kann. Dahingehende Wünsche der Bauämter wurden bereits an das Statistische Landesamt herangetragen.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1991

Wichtige Erhebungsmerkmale im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1991 sind die Fragen zur Hofnachfolge, zur Person und zur Berufsbildung des möglichen Hofnachfolgers sowie zum Umfang der dem Betrieb zugestandenen Milchreferenzmenge nach der Milchgarantiemengen-Verordnung. Zu beiden Merkmalskomplexen bringt der vorliegende Beitrag erste Ergebnisse, die in Anbetracht der aktuellen agrarpolitischen Diskussionen über die Zukunft der Landwirtschaft

ergänzend zu den bisher noch nicht verfügbaren bundeseinheitlichen Aufbereitungstabellen mit landesinternen Programmen erstellt worden sind.

Gut ein Fünftel der Betriebsinhaber über 45 Jahre haben einen Nachfolger

Daten zur Hofnachfolgesituation kommt insofern Bedeutung zu, als damit der zukünftige Strukturwandel und die damit verbundenen sozialen Probleme der land-

**Landwirtschaftliche Betriebe mit Inhabern im Alter von 45 Jahren und älter und ihre Hofnachfolge 1991
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche**

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ...ha	Betriebe in der Hand von natürlichen Personen, insgesamt		Darunter Betriebe mit Inhabern im Alter von 45 Jahren und älter							
			zusammen		mit einem Hofnachfolger		ohne einen Hofnachfolger		Hofnachfolge ungewiß	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Insgesamt										
unter 1	7 511	4 366	5 923	3 430	733	408	2 725	1 551	2 465	1 471
1 - 2	7 477	10 523	5 658	7 891	610	871	2 586	3 575	2 462	3 445
2 - 5	9 757	31 826	6 550	21 340	952	3 170	2 724	8 858	2 874	9 312
5 - 10	7 617	54 610	4 865	34 603	1 034	7 488	1 771	12 496	2 060	14 620
10 - 20	7 406	105 989	4 535	64 989	1 061	15 263	1 648	23 595	1 826	26 131
20 - 30	4 099	101 341	2 442	60 178	710	17 697	723	17 704	1 009	24 776
30 - 50	4 436	170 066	2 375	90 408	1 071	41 605	466	17 309	838	31 495
50 u. mehr	3 031	228 023	1 554	118 445	1 039	81 661	148	10 499	367	26 285
Insgesamt	51 334	706 744	33 902	401 285	7 210	168 163	12 791	95 587	13 901	137 535
Haupterwerbsbetriebe										
Zusammen	21 596	524 363	13 886	300 995	4 763	148 574	4 017	59 621	5 106	92 801
Nebenerwerbsbetriebe										
Zusammen	29 738	182 381	20 016	100 290	2 447	19 589	8 774	35 966	8 795	44 735

wirtschaftlichen Betriebe und des ländlichen Raumes besser abgeschätzt werden können. Gleichzeitig lassen sich frühzeitig Möglichkeiten zur sozialen Abfederung des Strukturwandels erarbeiten. Beispiele hierfür sind die Produktionsaufgabenrente und das Junglandwirteprogramm. Aber auch Programme, die der allgemeinen Förderung des ländlichen Raumes dienen, können den Strukturwandel in der Landwirtschaft sozial verträglich gestalten.

Die Frage „Ist eine Person vorhanden, die diesen Betrieb – aufgrund einer Vereinbarung, Absprache oder sonstigen Verständigung – zu gegebener Zeit übernehmen wird?“ richtete sich an alle Betriebsinhaber im Alter von 45 Jahren und älter. Falls eine solche Person vorhanden war, wurden weiterhin Angaben über Geschlecht, Alter, Berufsbildung und Mitarbeit im Betrieb erbeten. Die Beschränkung auf die älteren Betriebsinhaber erfolgte, weil sich in der Regel nur in diesen Betrieben die Frage der Weiterbewirtschaftung in näherer Zukunft stellt und auch halbwegs zutreffend beantwortet werden kann.

In rund zwei Dritteln der anlässlich der Landwirtschaftszählung 1991 erhobenen 51 330 Betriebe in der Hand einer natürlichen Person war der Betriebsinhaber 45 Jahre und älter. Von diesen gaben nur 7 210 (21 %) an, daß ein Hofnachfolger vorhanden ist. Keinen Hofnachfolger hatten 12 790 Betriebe (38 %). In 13 900 Betrieben (41 %) ist über Weiterbewirtschaftung oder Betriebsaufgabe noch nicht entschieden worden.

Hofnachfolger überwiegend in Haupterwerbsbetrieben

64 % der Inhaber von Haupterwerbsbetrieben und 67 % der von Nebenerwerbsbetrieben sind älter als

45 Jahre. Beide sozialökonomischen Betriebstypen weisen damit eine ähnliche Altersstruktur für ihre Inhaber auf. Gravierende Unterschiede gibt es jedoch bei der Frage der Weiterbewirtschaftung. Hat immerhin noch jeder dritte Haupterwerbsbetrieb einen Hofnachfolger, ist es in den Nebenerwerbsbetrieben nicht einmal jeder achte. Vorwiegend die Betriebsinhaber der Haupterwerbsbetriebe sehen also die Möglichkeit, daß ihr Betrieb auch noch in der nächsten Generation bestehen wird.

Erklären läßt sich dieses durch die Doppelbelastung, die ein Landwirt auf sich nimmt, wenn er einen Nebenerwerbsbetrieb bewirtschaftet. Neben seiner außerbetrieblichen Beschäftigung, die in der Regel zur Sicherung des Lebensunterhaltes notwendig ist, muß er noch in seinem Betrieb arbeiten, eine Belastung die viele potentielle Hofnachfolger ablehnen, besonders dann, wenn die außerlandwirtschaftliche Tätigkeit schon lange ausgeübt wurde und sehr lukrativ ist. Ferner wird die Erhaltung eines landwirtschaftlichen Betriebes von der jüngeren Generation häufig nicht mehr als ein wichtiges Ziel angesehen, so daß mit dem Generationswechsel auch der Betrieb aufgegeben wird.

Ein weiterer Zusammenhang besteht unabhängig vom Betriebstyp zwischen Betriebsgröße und Hofnachfolge. Je größer ein Betrieb, um so eher ist eine Person vorhanden, die den Betrieb weiter bewirtschaften will. Werden nur 12 % der Betriebe unter 1 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) – die meisten wohl mit Sonderkulturen – weitergeführt, sind es bei den Betrieben mit 50 und mehr ha LF immerhin 67 %.

Dies beruht auf der größeren Einkommenskapazität, über die ein größerer Betrieb in der Regel verfügt. Deshalb werden auch vorwiegend kleinere Betriebe im

Nebenerwerb geführt, die größeren im Haupterwerb. So überwiegen bis zu der Größenklasse von 10 bis 20 ha LF die Nebenerwerbsbetriebe, darüber die Haupterwerbsbetriebe.

Vorwiegend männliche Hofnachfolger

90% der Hofnachfolger sind Männer, wobei die Altersgruppe der 25- bis 35jährigen den größten Anteil (51%) hat. Von den insgesamt 7 210 Hofnachfolgern waren 151 jünger als 15 Jahre. 95% der Hofnachfolger in den Haupterwerbsbetrieben arbeiten im Betrieb mit, in den Nebenerwerbsbetrieben sind es 89%, wobei in dieser Gruppe der Anteil nur gelegentlich mitarbeitender Hofnachfolger deutlich höher ist. In den einzelnen Betriebsgrößenklassen schwanken die Anteile für die Mitarbeit zwischen 87% bei den kleinen und 98% bei den großen Betrieben.

Die entsprechende Fachausbildung ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, einen landwirtschaftlichen Betrieb erfolgreich leiten zu können. 62% der Hofnachfolger haben eine Ausbildung zum Landwirt, Winzer oder einem verwandten Beruf abgeschlossen bzw. werden sie aufnehmen. Diese 4 408 Personen mit einer landwirtschaftlichen Ausbildung verteilen sich zu 88% auf die Haupterwerbsbetriebe und zu 12% auf die Nebenerwerbsbetriebe.

Bei 34% aller Hofnachfolger ist eine nichtlandwirtschaftliche Ausbildung vorhanden oder vorgesehen. Nur ein gutes Viertel davon entfallen auf die Haupterwerbsbetriebe. Der hohe Anteil der Hofnachfolger mit einer nichtlandwirtschaftlichen Ausbildung in den Nebenerwerbsbetrieben zeigt, daß sie auch zukünftig

diese Betriebe nur im Nebenerwerb bewirtschaften werden, da der Betrieb als alleinige Einkommensquelle nicht ausreicht.

Neben der Ausbildung ist die Mitarbeit im Betrieb für den Hofnachfolger eine wichtige Grundlage, um Erfahrungen in der Betriebsleitung und dem Produktionsprozeß zu gewinnen. So arbeiten in den Haupterwerbsbetrieben nur 5% der Hofnachfolger mit landwirtschaftlicher Ausbildung nicht mit, in den Nebenerwerbsbetrieben ist der Anteil etwa doppelt so hoch.

Kontingentierung der Milchproduktion

Seit dem Milchwirtschaftsjahr 1984 / 85 ist die Milchproduktion in der EG kontingentiert. Notwendig geworden war das System, weil Anfang der achtziger Jahre das Angebot aufgrund der guten Milchauszahlungspreise die Nachfrage weit überstieg. Eine Angebotsverringerung durch Preissenkungen kam aus politischen Gründen nicht in Frage. Als Alternative wurde deshalb die Kontingentierung der Produktion gewählt.

Die Auswirkungen der Quotenregelung auf die Entwicklungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe war ein entscheidender Grund, entsprechende Merkmale in den Erhebungskatalog der Landwirtschaftszählung 1991 aufzunehmen. Alle Betriebsinhaber bzw. -leiter wurden gefragt, ob sie Inhaber einer Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung waren. Die Betriebe, die über eine Anlieferungs-Referenzmenge an eine Molkerei verfügten, mußten dann noch die Höhe dieses Lieferrechtes angeben. Direktvermarktungsmengen sowie ausgesetzte und stillgelegte Referenzmengen waren nicht aufzuführen.

Hofnachfolger in landwirtschaftlichen Betrieben 1991 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Personen insgesamt	15 Jahre und älter										
		zusammen	Mitarbeit im Betrieb			Berufsbildung (vorhanden oder vorgesehen)						
			zusammen	stän-dig	gelegent-lich	zusammen	und zwar					
							landwirtschaftlich			nichtlandwirtschaftlich		
							Mitarbeit im Betrieb					
zusammen	stän-dig	gelegent-lich	zusammen	stän-dig	gelegent-lich	zusammen	stän-dig	gelegent-lich	zusammen	stän-dig	gelegent-lich	
Insgesamt												
unter 1	733	728	728	232	398	682	216	91	89	466	125	283
1 - 2	610	603	603	178	345	567	172	73	79	395	93	247
2 - 5	952	935	935	409	437	892	473	283	160	419	113	257
5 - 10	1 034	1 007	1 007	560	372	961	589	419	141	372	121	210
10 - 20	1 061	1 034	1 034	586	389	1 000	636	435	168	364	134	209
20 - 30	710	689	689	430	215	676	491	342	118	185	82	90
30 - 50	1 071	1 044	1 044	733	259	1 021	883	676	172	138	47	77
50 u. mehr	1 039	1 019	1 019	855	140	1 006	948	821	109	58	25	28
Insgesamt	7 210	7 059	7 059	3 983	2 555	6 805	4 408	3 140	1 036	2 397	740	1 401
Haupterwerbsbetriebe												
Zusammen	4 763	4 673	4 673	3 181	1 236	4 566	3 889	2 906	805	677	228	386
Nebenerwerbsbetriebe												
Zusammen	2 447	2 386	2 386	802	1 319	2 239	519	234	231	1 720	512	1 015

**Landwirtschaftliche Betriebe mit Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung 1991
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche**

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Insgesamt				Davon mit einer Anlieferungs-Referenzmenge von ... t				
					unter 20	20 - 60	60 - 100	100 - 200	200 u. mehr
	Betriebe	LF	Referenzmenge	Milchkühe	Betriebe				
Anzahl	ha	t	Anzahl	Anzahl					
unter 1	15	8	522	133	6
1 - 2	22	31	418	65	14
2 - 5	197	742	2 669	654	175	18	4	.	.
5 - 10	617	4 673	11 972	3 251	395	214	.	.	.
10 - 20	1 509	22 406	53 714	14 418	308	1 021	157	23	.
20 - 30	1 409	35 399	96 607	23 171	73	612	445	267	12
30 - 50	2 240	86 776	265 177	55 746	33	369	582	1 010	246
50 u. mehr	1 770	131 832	347 937	66 472	8	75	213	696	778
Insgesamt	7 779	281 867	779 018	163 910	1 012	2 324	1 406	2 001	1 036

7 800 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Referenzmenge

Die fast 7 800 landwirtschaftlichen Betriebe, die Ende März 1991 über eine Anlieferungs-Referenzmenge verfügten, konnten im Durchschnitt 100 t Milch an die Molkeerei liefern. 79 % der gesamten Lieferrechte in Höhe von 779 000 t entfielen auf Betriebe mit mehr als 30 ha LF. Sie stellen etwa 52 % aller Betriebe mit Lieferrechten. 196 t, fast das Doppelte der durchschnittlichen Menge, durften die Betriebe mit 50 und mehr ha LF an die Molkeereien liefern. Über die geringste durchschnittliche Menge (13,5 t) verfügten die Betriebe in der Größenklasse mit 2 - 5 ha LF.

Neben den Betriebsgrößenklassen wurden die Betriebe auch nach Größenklassen der Milchlieferrechte ausgewertet. So besitzen 43 % der Betriebe eine Referenzmenge von weniger als 60 t; nur 3,4 % der Betriebe können eine Referenzmenge von mindestens 300 t nachweisen. Dies zeigt, daß die Milchproduktion noch immer in kleinen Einheiten erfolgt.

Die Milch von rund 164 000 Milchkühen reichte aus, um die gesamte Kontingentsmenge zu erzeugen. Errechnet man die durchschnittliche Referenzmenge pro Milchkuh, so ist zu berücksichtigen, daß der durchschnittliche Bestand an Milchkühen kein Erhebungsmerkmal war. Vielmehr wurden die Bestände zum Stich-

tag der allgemeinen Viehzählung vom Dezember übernommen. Insofern lassen sich kleinere Verzerrungen, die sich aus dem Unterschied eines durchschnittlichen Bestandes zu dem Bestand an einem Stichtag ergeben, nicht ausschließen. Unter dieser Vorgabe standen knapp 4 800 kg Referenzmenge pro Kuh zur Verfügung.

Milchproduktion überwiegend in der Eifel

Regional liegt der Schwerpunkt der Milchproduktion im Regierungsbezirk Trier, auf den 46 % der Betriebe mit einer Milchreferenzmenge entfallen und dort besonders auf den Landkreis Bitburg-Prüm. Im Regierungsbezirk Koblenz haben 37 % der Betriebe ihren Sitz und im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz 17 %. Dies hängt mit den unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten zusammen. Die Milchproduktion ist ein stark flächengebundenes Produktionsverfahren, das besonders in Gebieten mit einem hohen Dauergrünlandanteil anderen Verfahren überlegen ist. In Gebieten mit einem geringen Angebot an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen wird die Überlegenheit der arbeitsintensiven Milchproduktion zusätzlich erhöht. Diese Voraussetzungen treffen besonders in der Eifel und den anderen Höhengebieten von Rheinland-Pfalz zu, so daß hier die Milchproduktion ein wichtiges Standbein der Betriebe ist und auch bleibt.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Regionalergebnisse des Mikrozensus

Zufallsfehler durch Stichprobe

Der Mikrozensus liefert seit 1957 laufend Daten über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die Erhebung ist eine Stichprobe mit einem Auswahlsatz von 1 %. Dadurch können vergleichsweise schnell und kostengünstig Ergebnisse ermittelt werden.

Die Angaben der befragten Haushalte werden auf die Gesamtheit aller - also auch der nicht befragten - Haus-

halte hochgerechnet. Dieser Schluß von der Stichprobe auf die Gesamtbevölkerung ist mit gewissen Zufallsfehlern verbunden, die darin begründet liegen, daß nicht alle Einheiten der Grundgesamtheit, sondern nur Teile davon berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse des Mikrozensus sind daher stets mit einer gewissen Unschärfe behaftet. So kann beispielsweise eine für die Stichprobe berechnete Erwerbsquote von 48,5 % nicht exakt auf die Gesamtbevölkerung

übertragen werden, sondern es sind lediglich Aussagen der Art möglich, daß die Erwerbsquote vermutlich oder mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zwischen 47,5 und 49,5 % liegen wird.

Solche Unschärfen fallen naturgemäß um so stärker ins Gewicht, je feiner die Ausprägungen eines Merkmals gegliedert werden. So wird der Nachweis der Erwerbstätigen für vier Wirtschaftsbereiche unter sonst gleichen Bedingungen genauer sein als für zehn Wirtschaftsabteilungen.

Regionalergebnisse nur bedingt nachweisbar

Aus demselben Grund ist auch eine regionale Untergliederung der Ergebnisse stets mit einem Genauigkeitsverlust verbunden. Die Angabe der alleinerziehenden Männer, die wegen der geringen Fallzahl schon auf Landesebene nur bedingt möglich ist, kann für kleinere regionale Einheiten wegen unvermeidbar hoher Zufallsfehler gar nicht mehr erfolgen.

Die sachlichen und regionalen Gliederungsmöglichkeiten eines Merkmals hängen in starkem Maße vom Auswahlplan einer Stichprobe ab, werden also von den technischen Einzelheiten der Auswahl und der Hochrechnung bestimmt.

Grundlage für die Auswahl der im Rahmen des Mikrozensus zu befragenden Haushalte sind die in größeren Zeitabständen stattfindenden Volkszählungen. Veränderungen in der Auswahlgrundlage werden durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt. Die Volkszählung 1987 wurde erstmals für den Mikrozensus 1990 als Basis verwendet. Allein diese zeitnähere Auswahlgrundlage dürfte schon zu einer deutlichen Steigerung der Ergebnisqualität beigetragen haben.

Neuer Auswahlplan seit 1990

Mit Heranziehung der neuen Auswahlgrundlage wurden zugleich wesentliche Änderungen am Auswahlplan vorgenommen. Hier ist in erster Linie die erhebliche Verkleinerung der Auswahlbezirke zu nennen, also der Zahl benachbarter Haushalte, die aus erhebungstechnischen Gründen jeweils zu einer Erhebungseinheit zusammengefaßt werden. Seit 1990 liegt die Größe eines Auswahlbezirks bei etwa 8 bis 10 Haushalten, gegenüber früher rund 25 Haushalten. Dies hatte eine deutliche Reduzierung der Zufallsfehler zur Folge, ermöglicht also eine exaktere Hochrechnung der Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung.

Die größere Genauigkeit der Ergebnisse erweitert auch den Spielraum für eine Regionalisierung. Konnten vor 1990 die Angaben des Mikrozensus in der Regel nur für das gesamte Land aufgezeigt werden, ist eine Darstellung nun auch für kleinere regionale Einheiten möglich. Ergebnisse auf Kreisebene können dabei jedoch nach wie vor in aller Regel **nicht** nachgewiesen werden.

Ausgangspunkt für die Regionalisierung des Mikrozensus ist eine regionale Untergliederung auf drei hierarchischen Ebenen. Das Land Rheinland-Pfalz wurde in

Mikrozensus-Auswahlplan seit 1990 Regionale Schichtung

Regionale Anpassungsschicht			Regionale Schicht
Nummer	Bezeichnung	Kreisfreie Stadt (KS), Landkreis (LK)	Nummer
1	Mittelrhein-Ost	LK Altkirchen (Westerwald)	11
		LK Neuwied Rhein-Lahn-Kreis Westerwaldkreis	12
2	Mittelrhein-West	KS Koblenz LK Mayen-Koblenz	21
		LK Ahrweiler LK Cochem-Zell Rhein-Hunsrück-Kreis	22
3	Nahe	LK Bad Kreuznach LK Birkenfeld	30
4	Trier	KS Trier LK Berncastel-Wittlich LK Bitburg-Prüm LK Daun LK Trier-Saarburg	40
5	Rheinessen	KS Mainz LK Mainz-Bingen	51
		KS Worms LK Alzey-Worms	52
6	Vorderpfalz	KS Ludwigshafen am Rhein LK Ludwigshafen	61
		KS Frankenthal (Pfalz) KS Neustadt a.d. Weinstraße KS Speyer LK Bad Dürkheim	62
7	Südpfalz	KS Landau in der Pfalz LK Germersheim LK Südliche Weinstraße	70
8	Westpfalz	KS Kaiserslautern Donnersbergkreis LK Kaiserslautern	81
		KS Pirmasens KS Zweibrücken LK Kusel LK Pirmasens	82

- 8 regionale Anpassungsschichten,
- 13 regionale Schichten und
- 26 regionale Untergruppen

gegliedert. Dabei sollten die Schichten aus methodischen Gründen im Durchschnitt eine gewisse Größe – gemessen an der Bevölkerungszahl – nicht unterschreiten.

Ergebnisse für acht regionale Einheiten

Eine wesentliche Forderung für die Regionalisierung auf der obersten Stufe der Hierarchie war eine kreis-scharfe Gliederung, die einen Ergebnismachweis sowohl nach den drei Regierungsbezirken des Landes als auch nach den fünf Regionen des Bundesraumordnungsprogramms ermöglichen sollte.

Aus der realisierten Untergliederung in acht regionale Anpassungsschichten ergeben sich die Regierungsbezirke wie folgt:

- Regierungsbezirk Koblenz: Schichten 1, 2 und 3
- Regierungsbezirk Trier: Schicht 4
- Regierungsbezirk
Rheinessen-Pfalz: Schichten 5, 6, 7 und 8

Für die Raumordnungsregionen gilt :

- Region Mittelrhein-Westerwald : Schichten 1 und 2
- Region Trier : Schicht 4
- Region Rheinhessen-Nahe : Schichten 3 und 5
- Region Rheinpfalz : Schichten 6 und 7
- Region Westpfalz : Schicht 8

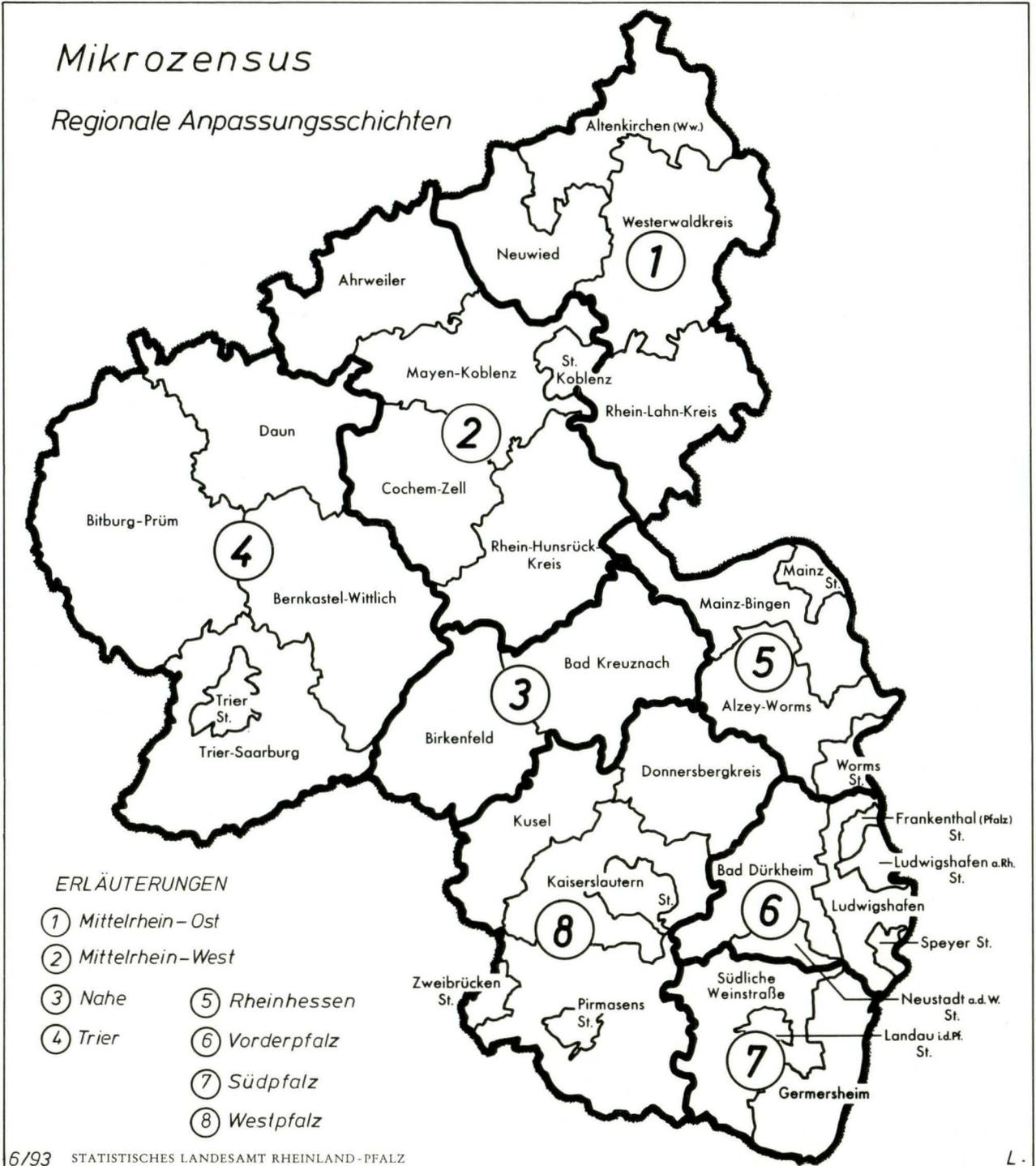
Darüber hinaus ist eine Untergliederung der Region Rheinpfalz in die Teilräume Vorderpfalz (Schicht 6) und Südpfalz (Schicht 7) möglich.

Für die Größe der Anpassungsschichten war eine Bevölkerungszahl von etwa 500 000 im Durchschnitt einzuhalten. Dieser Wert wird für die Schichten Nahe

und Südpfalz jedoch erheblich unterschritten, was entsprechende Konsequenzen für die Qualität des Ergebnismachweises dieser beiden Regionen hat.

Auf der nächsten Gliederungsebene wurden 5 der 8 regionalen Anpassungsschichten weiter unterteilt. Damit liegen 13 regionale Schichten auf der zweiten Stufe vor. In einigen Fällen mußten dabei räumlich nicht benachbarte Gebiete zu einer Schicht zusammengefaßt werden.

Die weitere Untergliederung in 26 regionale Untergruppen führte dann zu einer getrennten Darstellung der meisten kreisfreien Städte und Landkreise. Natur-



Bevölkerung 1987 bis 1991 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Regionale Schicht	Erwerbstätige						Erwerbspersonen			Nichterwerbspersonen		
	1987	1990	1991	1987	1990	1991	1987	1990	1991	1987	1990	1991
	1 000			Anteil an der Bevölkerung in %								
Mittelrhein - Ost	236,7	257,3	266,7	42,0	44,2	45,0	44,9	46,6	46,9	55,1	53,4	53,1
Mittelrhein - West	237,3	259,4	267,2	42,5	45,6	46,4	45,7	48,6	48,9	54,3	51,4	51,1
Nahe	99,6	114,3	117,5	43,2	48,7	49,6	46,3	52,3	52,5	53,6	47,7	47,5
Trier	195,9	211,0	218,3	41,5	44,0	45,0	44,7	46,6	47,0	55,3	53,4	53,0
Rheinhausen	229,3	253,8	261,5	45,0	48,2	48,8	47,7	50,4	50,7	52,3	49,6	49,3
Vorderpfalz	240,7	252,9	258,9	44,1	45,0	45,5	47,4	47,9	48,0	52,6	52,1	52,0
Südpfalz	107,8	116,7	118,1	45,5	47,6	47,4	48,1	49,5	49,5	51,9	50,5	50,5
Westpfalz	224,1	236,3	233,1	43,5	45,3	44,0	47,1	48,8	47,6	52,9	51,2	52,4
Regierungsbezirk Koblenz	573,6	631,0	651,4	42,4	45,6	46,3	45,5	48,4	48,7	54,5	51,6	51,3
Regierungsbezirk Trier	195,9	211,0	218,3	41,5	44,0	45,0	44,7	46,6	47,0	55,3	53,4	53,0
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz	801,9	859,7	871,6	44,4	46,3	46,2	47,5	49,1	48,8	52,5	50,9	51,2
Rheinland-Pfalz	1 571,4	1 701,8	1 741,5	43,3	45,7	46,1	46,4	48,5	48,5	53,6	51,5	51,5

1987 : Ergebnisse der Volkszählung; 1990 und 1991 : Ergebnisse des Mikrozensus.

gemäß kann hier bei einer 1 %-Stichprobe nur ein sehr beschränkter Ergebnisausweis erwartet werden.

Zur Beurteilung der Frage, in welcher Regionalgliederung welche Merkmale nachgewiesen werden können, sind Angaben über die Zufallsfehler erforderlich. Derzeit werden umfangreiche Fehlerrechnungen vorgenommen, die sich als außerordentlich komplex erweisen. Bereits jetzt ist zu erkennen, daß auf der Ebene der regionalen Untergruppen allenfalls die Darstellung gewisser Eckwerte mit gerade noch vertretbarem Fehler möglich ist, während für die regionalen Anpassungsschichten ein durchaus passables Spektrum an Merkmalen nachgewiesen werden kann. Die weiteren Ausführungen beschränken sich daher auf diese Schichtungsvariante.

Standardfehler als Maß für die Genauigkeit

Zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse wird üblicherweise mit dem sogenannten relativen Standardfehler argumentiert. Dies soll zunächst an einem Beispiel erläutert werden.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es 1991 in der Vorderpfalz 80 800 Einpersonenhaushalte. Dieser Wert wurde aus der einprozentigen Stichprobe, die 808 Haushalte umfaßt, auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Ersten Schätzungen zufolge kann ein einfacher relativer Standardfehler von rund 4 % (3 200 Haushalte) unterstellt werden. Nun liegt der tatsächliche – aber unbekannt – Wert der Grundgesamtheit mit einer

Privathaushalte 1987 bis 1991 nach der Haushaltsgröße

Regionale Schicht	Insgesamt			Haushalte mit Personen								
				1			2			3 und mehr		
	1987	1990	1991	1987	1990	1991	1987	1990	1991	1987	1990	1991
1 000												
Mittelrhein - Ost	218,1	242,1	250,3	51,7	65,8	69,4	64,4	74,9	80,2	102,0	101,5	100,7
Mittelrhein - West	225,7	243,0	247,6	62,5	74,5	76,8	66,2	74,7	76,2	97,1	93,9	94,5
Nahe	91,0	100,7	102,7	23,5	29,7	30,6	26,9	31,4	33,4	40,7	39,6	38,7
Trier	181,8	201,2	205,2	47,7	60,5	60,2	48,1	57,2	62,2	86,0	83,7	82,9
Rheinhausen	220,7	235,2	239,4	72,8	79,3	83,0	63,8	72,2	71,7	84,1	83,6	84,7
Vorderpfalz	235,0	251,7	251,2	71,6	82,8	80,8	71,5	80,8	79,6	91,9	88,0	90,9
Südpfalz	93,4	99,6	99,8	24,1	25,7	24,4	25,8	31,1	31,1	43,6	42,9	44,3
Westpfalz	211,0	219,6	223,7	57,4	62,9	64,9	62,6	71,8	71,8	91,0	84,9	86,9
Regierungsbezirk Koblenz	534,8	585,8	600,6	137,7	170,0	176,8	157,5	181,0	189,8	239,8	235,0	233,9
Regierungsbezirk Trier	181,8	201,2	205,2	47,7	60,5	60,2	48,1	57,2	62,2	86,0	83,7	82,9
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz	760,1	806,1	814,1	225,9	250,7	253,1	223,7	255,9	254,2	310,6	299,4	306,8
Rheinland-Pfalz	1 476,8	1 593,2	1 619,9	411,2	481,1	490,1	429,3	494,1	506,1	636,3	618,1	623,6

1987 : Ergebnisse der Volkszählung; 1990 und 1991 : Ergebnisse des Mikrozensus.

Wahrscheinlichkeit von 68 % im Bereich des einfachen Standardfehlers um den hochgerechneten Wert herum, das heißt in einem Intervall, das durch

die Untergrenze $80\,800 - 3\,200 = 77\,600$

und die Obergrenze $80\,800 + 3\,200 = 84\,000$

markiert wird. (Genau genommen müssen dabei normalverteilte Merkmalsausprägungen unterstellt werden, was aber – ohne dies hier zu begründen – näherungsweise durchaus angenommen werden kann.)

Bei der Erörterung von Zufallsfehlern wird in der Regel auf den **zweifachen** Standardfehler zurückgegriffen, der ein Intervall markiert, das den hochgerechneten Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % enthält. Die Intervallgrenzen des betrachteten Beispiels liegen dann bei 74 400 und 87 200.

Der in der Tabelle ausgewiesene Wert von 80 800 Einpersonenhaushalten besagt also lediglich, daß die tatsächliche Anzahl dieses Haushaltstyps mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 74 400 und 87 200 liegt.

Ein derartiger Unschärfebereich ist bei einem Vergleich zwischen einzelnen Regionen oder im Zeitablauf von besonderer Bedeutung. Beobachtete Unterschiede sind u. U. zu einem erheblichen Teil durch Zufallseinflüsse bestimmt und in der Realität nicht oder zumindest nicht in dem registrierten Ausmaß vorhanden. Dies ist insbesondere dann zu beachten, wenn sich einzelne Werte nur wenig unterscheiden. So bestehen beispielsweise in der Region Trier bei der Zahl der Haushalte mit einer Person in den Jahren 1990 (60 500) und 1991 (60 200) mit Sicherheit keine signifikanten Unterschiede. Man muß sich nur verdeutlichen, daß die Differenz auf lediglich drei Haushalten in der Stichprobe beruht.

Die Höhe des Standardfehlers hängt außer von den Besetzungszahlen auch von der Größe der regionalen Einheiten ab. Erste Fehlerrechnungen nach dem neuen Mikrozensus-Auswahlplan zeigen für eine durchschnittliche regionale Anpassungsschicht mit einer Bevölkerung von etwa 500 000 Personen folgendes: Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000, also weniger als 50 Fällen in der Stichprobe, liegt der einfache Standardfehler bei mindestens 15 %. Bei einer Besetzung von 15 000 sind es immer noch 10 %. Ein sinnvoller Ergebnismachweis dürfte hier kaum möglich sein. Mit wachsender Besetzungszahl nimmt der Fehler dann immer weiter ab, bei 20 000 sind es noch 8 %, bei 40 000 rund 6 % und bei 100 000 noch etwa 4 %.

Diese Angaben stellen nur erste verallgemeinerte Schätzungen dar, die für jedes einzelne Merkmal und für jede Regionalschicht noch zu konkretisieren sind. Auf jeden Fall hat der neue Auswahlplan – insbesondere bei großen Besetzungszahlen – eine deutliche Reduzierung des Standardfehlers gebracht und damit die Regionalisierung des Mikrozensus ermöglicht.

Da die Fehlerrechnungen noch nicht abgeschlossen sind, beschränkt sich die Darstellung von Ergebnissen

in diesem Beitrag auf gewisse Kernmerkmale mit relativ grober sachlicher Gliederung, die eine vergleichsweise hohe Genauigkeit aufzuweisen haben.

Erwerbsquote in Regionalschicht Nahe am größten

Eine Analyse der Erwerbsbeteiligung zeigt die größten Erwerbsquoten in der Regionalschicht Nahe; der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung lag dort 1991 bei 52,5 %. Der niedrigste Wert wurde mit 46,9 % für die Region Mittelrhein-Ost ermittelt. Weitere Angaben zur Beteiligung am Erwerbsleben können – auch in einer Zusammenfassung nach Regierungsbezirken – der Tabelle entnommen werden. Dabei wurden den Angaben aus den Mikrozensus-erhebungen der Jahre 1990 und 1991 auch Vergleichswerte aus der Volkszählung 1987 gegenübergestellt.

Bei einem Vergleich der Werte im Zeitablauf ist zu beachten, daß der Mikrozensus durch eine geänderte Fragestellung seit dem Erhebungsjahr 1990 die geringfügig Beschäftigten wesentlich besser erfaßt. Die Zunahme der Erwerbstätigenzahlen ist damit zum Teil auf diese formale Änderung zurückzuführen.

Einpersonenhaushalte in Rheinhessen am stärksten vertreten

Eine Betrachtung der Privathaushalte nach der Haushaltsgröße zeigt, daß landesweit schon nahezu jeder dritte Haushalt (1991: 30,3 %) aus nur einer Person besteht. Mit 83 000 Haushalten ist dieser Haushaltstyp in Rheinhessen am stärksten vertreten. Der Anteil liegt dort bei 34,7 %, während die Südpfalz mit 24,4 % den geringsten Wert aufzuweisen hat.

Die Zahl der Einpersonenhaushalte ist in der Region Mittelrhein-Ost mit einem Plus von über 34 % seit 1987 am stärksten gestiegen, während die Zuwachsrate in der Südpfalz mit gut 1 % mit Abstand am geringsten ausfiel. Weitere Angaben können auch hier wieder der Tabelle entnommen werden.

Ausführliche Regionalergebnisse aus dem Mikrozensus werden nach Abschluß der Fehlerrechnungen veröffentlicht.

Stärke des Mikrozensus bleiben Landesergebnisse

Eine Darstellung von Regionalergebnissen des Mikrozensus darf nicht dahingehend mißverstanden werden, daß es nun aufgrund der erwähnten Änderungen am Auswahlplan eine besondere Stärke dieser Erhebung sei, auch räumlich gegliederte Zahlen abzuleiten. Die Ermittlung von Ergebnissen in tiefer regionaler Gliederung bleibt nach wie vor den in größeren Zeitabständen stattfindenden Großzählungen vorbehalten. Insoweit dient der Mikrozensus hier der zeitlichen Überbrückung. Die Möglichkeit des neuen Auswahlplans, nun auch Ergebnisse für größere regionale Einheiten aufzuzeigen, muß stets vor dem Hintergrund der eingeschränkten Aussagekraft gesehen werden. Die besondere Stärke des Mikrozensus ist die jährliche Wiederholung und ein vergleichsweise ausführlicher Merkmalskatalog für einen Nachweis auf Landesebene.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 734	3 789	3 811	3 817	3 821
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 097	2 066	1 952	1 200	2 076	2 511 ^P	1 815 ^P	1 325 ^P	2 062 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,7	6,5	6,0	3,8	6,4	7,9 ^P	5,6 ^P	4,2 ^P	6,3 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 561	3 526	3 561	3 248	3 384
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,2	11,0	10,4	10,4
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 651	3 630	3 685	3 731	4 148
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,5	11,4	11,9	12,8
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	24	30	26	30
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,2	6,8	8,2	7,5	8,5
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 90	- 104	- 124	- 483	- 764
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 1,5	- 2,4
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 323	11 775	15 231	13 881	11 084
* Fortgezogene	Anzahl	7 079	6 862	8 786	7 219	6 354
* Wanderungssaldo	Anzahl	5 244	4 913	6 445	6 662	4 730
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 838	11 122	12 561	11 652	11 308
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	93 064	82 334	75 639	77 663	86 491	87 150	89 686	93 646	103 943
* Männer	Anzahl	45 652	41 970	37 560	39 514	45 934	45 184	47 006	49 693	57 680
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 783	4 231	.	.	4 933	4 155	.	.	5 755
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	30 495	27 136	.	.	29 396	29 445	.	.	36 685
Arbeitslosenquote	%	6,3	5,4	5,0	5,1	5,7	5,6	5,7	6,0	6,7
Offene Stellen	Anzahl	13 956	17 425	17 790	14 481	14 309	25 466	18 701	14 974	14 416
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	993	1 187	.	.	875	1 775	.	.	1 034
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	5 510	.	.	4 816	5 785	.	.	4 259
Kurzarbeiter	Anzahl	4 227	6 764	8 528	8 520	7 702	10 119	16 174	21 366	27 769
Männer	Anzahl	3 289	5 086	5 951	6 126	5 844	7 821	12 712	16 669	21 431
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 754	15 374	16 069	15 843	15 320	13 840	14 953	15 926	14 652
* Rinder	t	4 786	5 727	6 259	5 891	5 672	4 687	5 061	5 385	4 695
* Kälber	t	26	43	40	45	52	29	31	33	53
* Schweine	t	9 788	9 464	9 592	9 732	9 428	8 998	9 717	10 366	9 743
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	69	66	62	60	63	62	62	57	61
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	94,1	94,1	93,8	94,7	94,6	94,2	94,4
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 666	2 664	2 661	2 661	2 668	2 670	2 661	2 661
* Beschäftigte	1000	386	394	395	394	392	385	380	379	374
* Arbeiter ⁸⁾	1000	263	268	268	267	266	257	254	252	248
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 196	35 271	37 503	35 904	31 063	34 580	35 266	34 088	30 134
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 608	1 725	1 689	2 108	2 159	1 713	1 702	2 149	2 192
* Löhne	Mill. DM	917	980	989	1 202	1 150	971	965	1 197	1 146
* Gehälter	Mill. DM	691	745	700	906	1 010	742	737	951	1 046
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 555	9 110	9 925	9 395	8 577	9 003	9 010	8 482	8 423
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 133	3 052	3 331	3 012	2 956	3 005	2 917	2 780	2 781
* Exportquote ⁹⁾	%	36,6	33,5	33,6	32,1	34,5	33,4	32,4	32,8	33,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	257	252	.	.	249	213	.	.	289
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	672	725	.	.	807	741	.	.	789
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	131	133	.	.	150	94	.	.	145
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	56	60	.	.	68	33	.	.	49
* schweres Heizöl	1 000t	75	73	.	.	82	61	.	.	95
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 121	1 135	1 194	1 160	1 065	1 098	1 117	1 113	1 006
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	198	209	220	238	246	201	234	238	244
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	118	123	130	113	122	119	114	104
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	119	117	125	118	98	115	115	112	98
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	110	113	135	118	85	144	142	127	104
Chemische Industrie	1985 = 100	122	119	127	121	102	114	115	114	104
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	108	103	135	127	119	109	103	100
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	120	103	94	175	185	129	106	100	122
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	91	80	97	82	91	90	82	64
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	128	142	135	111	129	130	124	106
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	63	61	64	61	72	61	54	51	39
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	131	155	173	171	143	166	169	166	164
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	421	425	445	506	469	297
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 484	3 302	2 906	3 589	3 105	2 893
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	883	1 715	1 262	1 908	1 358	1 320
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 994	1 981	2 056	2 150	2 183	1 853
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	419	446	486	568	628	335
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	89	.	.	87	87
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	170	184	.	.	197	200
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 218	61 200	61 713	61 325	60 675	62 364	61 971	61 895	61 440
Facharbeiter	Anzahl	31 745	31 347	31 263	30 790	30 564	30 087	30 017	29 843	29 646
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 907	15 528	16 206	16 356	15 964	17 355	17 024	17 177	16 974
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 077	6 670	7 854	6 943	4 965	7 738	7 839	7 133	5 931
Privater Bau	1 000	4 635	4 309	4 959	4 430	3 209	5 091	5 154	4 738	3 981
Wohnungsbau	1 000	2 659	2 431	2 793	2 539	1 794	3 005	3 102	2 926	2 415
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	55	23	14	9	5	13	13	16	16
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 921	1 855	2 152	1 882	1 410	2 073	2 039	1 796	1 550
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 442	2 361	2 895	2 513	1 756	2 647	2 685	2 395	1 950
Hochbau	1 000	523	510	591	527	356	461	471	449	392
Tiefbau	1 000	1 919	1 851	2 304	1 986	1 400	2 186	2 214	1 946	1 558
Straßenbau	1 000	995	953	1 234	1 012	715	1 175	1 192	1 005	856
Löhne und Gehälter	Mill. DM	212	225	237	315	240	246	246	342	282
* Löhne	Mill. DM	173	182	194	254	190	199	198	273	224
* Gehälter	Mill. DM	39	43	43	61	50	47	48	69	58
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	661	715	822	847	916	898	876	935	1 162

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. - 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. - 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	935	896	1 078	807	593	996	967	721	722
* mit 1 Wohnung	Anzahl	671	616	732	496	400	611	624	427	425
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	164	155	168	164	101	235	202	163	134
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	122	178	147	92	150	141	131	163
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 027	1 045	1 076	1 105	708	1 238	1 160	953	1 025
* Wohnfläche	1000 m ²	175	182	194	201	126	218	201	171	177
* Wohnräume	Anzahl	8 100	8 524	9 250	9 345	5 963	10 018	9 292	7 882	8 166
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	346	371	388	398	260	471	446	365	396
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	3	3	-	4	5	4	1
Unternehmen	Anzahl	152	162	345	145	134	148	142	113	115
Private Haushalte	Anzahl	780	731	730	659	459	844	820	604	606
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	174	208	207	120	168	220	166	182
* Umbauter Raum	1000 m ³	915	1 005	1 143	1 168	550	731	1 315	868	1 339
* Nutzfläche	1000 m ²	145	159	192	164	89	115	213	132	196
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	178	209	301	155	129	177	265	173	418
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	19	24	23	18	36	44	23	25
Unternehmen	Anzahl	139	139	175	173	100	128	175	139	151
Private Haushalte	Anzahl	5	8	9	11	2	4	1	4	6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 036	2 254	2 495	2 524	1 504	2 752	2 459	2 120	2 384
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	2 959	3 298	2 977	2 729	2 929	3 259
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 655	1 622	1 891	1 639	1 458	1 672	1 762
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	225	255	221	196	251	260
Dänemark	Mill. DM	45	49	58	46	42	57	61
Frankreich	Mill. DM	446	432	480	416	436	430	471
Griechenland	Mill. DM	30	28	34	26	26	29	41
Großbritannien	Mill. DM	285	266	377	310	225	260	309
Irland	Mill. DM	12	11	10	10	9	12	15
Italien	Mill. DM	273	258	297	266	223	282	256
Niederlande	Mill. DM	210	211	224	198	173	230	218
Spanien	Mill. DM	108	117	129	117	103	97	96
Portugal	Mill. DM	23	26	26	29	25	24	36
USA und Kanada	Mill. DM	205	195	210	198	158	169	201
Japan	Mill. DM	66	69	64	88	62	63	65
Entwicklungsländer	Mill. DM	397	408	443	406	456	404	488
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	106	91	92	93	104	93	122
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 046	2 340	2 450	2 354	2 056	2 190	2 241
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 155	1 340	1 411	1 376	1 236	1 218	1 279
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	224	303	296	321	257	254	297
Dänemark	Mill. DM	30	45	60	49	47	49	39
Frankreich	Mill. DM	282	313	331	329	301	292	307
Griechenland	Mill. DM	8	8	9	8	5	5	4
Großbritannien	Mill. DM	96	107	118	111	109	107	107
Irland	Mill. DM	11	13	13	9	13	5	15
Italien	Mill. DM	195	203	199	197	178	157	202
Niederlande	Mill. DM	212	230	258	223	234	249	177
Spanien	Mill. DM	80	98	107	109	75	81	108
Portugal	Mill. DM	17	20	21	19	16	19	22
USA und Kanada	Mill. DM	142	162	171	161	145	129	172
Japan	Mill. DM	100	132	110	157	76	114	94
Entwicklungsländer	Mill. DM	287	312	313	288	235	280	274
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	52	59	68	67	52	70	73

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991			1992				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102	103	103	102	104	100	101	101	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	119	125	134	134	150	123	134	135	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	107	111	113	112	112	112	112	112	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124	132	146	133	127	136	132	127	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	96	92	98	90	89	98	99	89	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	99	94	103	93	92	99	101	91	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	109	128	104	107	139	139	101	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	116	150	108	104	161	165	108	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	105	113	99	110	124	121	95	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	516	521	841	400	285	793	804	407	...
* Ausländer	1000	122	120	152	66	57	172	134	70	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 757	1 866	2 778	1 329	1 083	2 659	2 697	1 252	...
* Ausländer	1000	386	414	480	199	205	548	435	210	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1 509	1 471	1 630	1 541	1 125
* Güterversand	1000 t	931	889	1 013	991	764
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 289	17 241	14 600	12 631	9 722	13 274	13 873	12 721	...
Krafträder	Anzahl	564	654	173	65	52	378	235	139	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 731	15 455	13 348	11 601	8 661	11 985	12 651	11 732	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	662	787	812	755	752	666	731	667	...
Zugmaschinen	Anzahl	197	185	151	98	133	136	139	93	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 466	10 233	10 950	10 955	10 274	9 939	10 750 ^P	10 276 ^P	10 067 ^P
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 601	1 539	1 565	1 431	1 274	1 696	1 606 ^P	1 379 ^P	1 333 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 865	8 694	9 385	9 524	9 000	8 243	9 144 ^P	8 897 ^P	8 734 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 194	2 086	2 149	1 940	1 748	2 263	2 224 ^P	1 859 ^P	1 787 ^P
* Getötete	Anzahl	44	39	40	34	46	34	39 ^P	36 ^P	35 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	28	21	29	20	27	14	24 ^P	24 ^P	26 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	2	2	1	10	7 ^P	1 ^P	2 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	3	2	1	2	3	1 ^P	4 ^P	2 ^P
Fußgänger	Anzahl	6	8	6	8	14	7	5 ^P	3 ^P	4 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	575	559	552	529	444	594	667 ^P	460 ^P	420 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	336	320	322	348	299	312
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	94	97	42	18	125
Radfahrer	Anzahl	57	57	50	35	27	76
Fußgänger	Anzahl	64	68	64	84	82	66
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	57	59	58	41	60	74	59	61	67
Angemeldete Forderungen	1000 DM	21 884	38 070	15 266	17 281	28 016	67 231	15 299	27 889	311 534
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	356	347	329	311	279	327
* Wechselsumme	1000 DM	3 163	4 229	4 079	2 766	4 038	4 422

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 419	100 048	97 802	98 346	100 048	101 801	.	.	104 522
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	97 964	98 090	95 872	96 423	98 090	99 895	.	.	102 700
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	17 679	20 478	19 391	19 266	20 478	19 969	.	.	20 181
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 388	19 357	18 768	18 648	19 357	19 368	.	.	19 583
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	291	1 121	624	618	1 121	601	.	.	598
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 838	10 344	10 012	10 263	10 344	10 495	.	.	11 288
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 729	7 615	7 378	7 433	7 615	8 174	.	.	8 686
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 109	2 729	2 634	2 830	2 729	2 321	.	.	2 602
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 447	67 268	66 468	66 894	67 268	69 431	.	.	71 231
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	59 818	59 293	58 432	58 829	59 293	61 611	.	.	63 181
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 628	7 975	8 037	8 064	7 975	7 820	.	.	8 050
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	92 721	96 418	92 169	93 932	96 418	97 357	.	.	100 201
* Sichteinlagen	Mill. DM	14 511	15 224	13 573	15 050	15 224	14 625	.	.	17 005
* Termineinlagen	Mill. DM	39 025	42 243	41 537	41 797	42 243	45 080	.	.	43 765
* Spareinlagen	Mill. DM	39 184	38 951	37 059	37 085	38 951	37 652	.	.	39 431
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	3 659	4 216	1 933	1 883	4 216
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 901	2 350	2 012	1 857	2 350
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 620	1 809	1 305	1 963	2 684	2 240	1 480	1 991	3 004
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 121	1 246	723	1 356	2 086	1 685	832	1 380	2 368
* Lohnsteuer	Mill. DM	813	920	708	1 234	1 251	812	792	1 309	1 382
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	149	165	-	519	-	-	-	533	-
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	116	147	1	- 16	604	517	9	- 16	643
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	42	43	14	13	19	28	25	23	15
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	150	136	1	124	213	327	6	65	328
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. DM	20	21	-	117	-	-	-	84	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	499	563	582	607	598	555	648	610	636
* Umsatzsteuer	Mill. DM	339	386	395	418	431	416	465	466	457
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	160	177	187	190	167	139	183	145	178
* Zölle	Mill. DM	12	13	15	13	12	9	11	7	7
* Bundessteuern	Mill. DM	81	131	157	209	332	110	95	108	200
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	2	1	9	1	1	0	0	1
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	76	90	94	139	173	110	94	106	205
Solidaritätszuschlag	Mill. DM		36	57	55	155	- 3	- 5	- 4	- 9
* Landessteuern	Mill. DM	92	109	96	136	77	87	91	148	94
* Vermögensteuer	Mill. DM	21	23	2	61	6	5	8	63	7
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	43	50	55	44	42	52	57	46	48
* Biersteuer	Mill. DM	6	7	13	7	7	3	5	15	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991			1992				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	639	680	701 584
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	7 263
* Grundsteuer B	Mill. DM	104	107	93 897
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	466	499	539 218	489
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	45	49	49 053
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	908	1 052	880	1 191	1 659	1 214	883	1 095	1 682
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	491	543	308	587	904	743	330	589	1 032
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	324	366	378	396	387	361	421	397	413
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	842	905	656	1 003	1 193	1 066	689	1 013	1 436
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	486	538	298	583	901	739	327	587	1 029
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	251	244	222	284	175	241	227	278	270
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	989	1 084	1 186 578
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	398	423	457 061	410
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	418	480	567 152	527
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	107,0	110,7	112,0	112,5	112,6	115,7	116,1	116,7	116,8
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	108,7	109,7	110,0	111,7	111,6	111,9	112,1
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	116,4	124,3	.	126,5	.	.	.	133,1	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	20,01	21,31	21,75	.	.	.	22,84	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	20,97	22,31	22,74	.	.	.	23,77	.	.
* Facharbeiter	DM	22,05	23,44	23,86	.	.	.	25,20	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	20,15	21,52	21,95	.	.	.	22,79	.	.
Hilfsarbeiter	DM	18,05	19,11	19,56	.	.	.	20,33	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	14,71	15,75	16,11	.	.	.	17,17	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	14,60	15,62	16,00	.	.	.	16,80	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,9	39,5	39,4	.	.	.	39,4	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	40,2	39,8	39,7	.	.	.	39,7	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	38,4	38,0	37,7	.	.	.	37,7	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 942	5 252	5 350	.	.	.	5 543	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 443	4 716	4 799	.	.	.	4 984	.	.
männlich	DM	5 311	5 610	5 698	.	.	.	5 933	.	.
weiblich	DM	3 474	3 714	3 790	.	.	.	3 979	.	.
* Technische Angestellte	DM	5 346	5 676	5 781	.	.	.	5 995	.	.
männlich	DM	5 468	5 809	5 916	.	.	.	6 130	.	.
weiblich	DM	3 924	4 208	4 297	.	.	.	4 522	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 389	3 576	3 607	.	.	.	3 917	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 366	3 549	3 588	.	.	.	3 903	.	.
männlich	DM	3 983	4 173	4 216	.	.	.	4 677	.	.
weiblich	DM	2 824	2 993	3 034	.	.	.	3 248	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991			1992				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	63 253	...	64 292	64 386	64 459
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	34 504 ^p	37 771 ^{p3)}	48 379 ^{p3)}	38 986 ^{p3)}	25 418 ^{p3)}	50 877 ^{p3)}	48 952 ^{p3)}	38 512 ^{p3)}	24 812 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	60 303 ^p	69 023 ^{p3)}	71 674 ^{p3)}	68 718 ^{p3)}	62 569 ^{p3)}	70 057 ^{p3)}	71 459 ^{p3)}	64 875 ^{p3)}	61 879 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 142 ^p	75 067 ^{p3)}	68 275 ^{p3)}	74 505 ^{p3)}	75 098 ^{p3)}	70 521 ^{p3)}	68 467 ^{p3)}	72 823 ^{p3)}	73 284 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	1 161 ^p	-6 045 ^{p3)}	3 399 ^{p3)}	-5 787 ^{p3)}	-12 529 ^{p3)}	-464 ^{p3)}	2 992 ^{p3)}	-7 948 ^{p3)}	-11 405 ^{p3)}
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 610	1 599	1 618	1 822	1 784	1 830	1 885
Männer	1 000	968	898	839	834	852	970	953	980	1 019
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	6,0	6,0	6,0	6,7	6,5	6,7	6,9
Offene Stellen	1 000	314	331	341	321	299	335	318	289	259
Kurzarbeiter	1 000	56	145	133	173	204	128	204	327	478
Männer	1 000	45	117	102	133	155	92	146	241	364
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 411	7 515	7 555	7 525	7 456	7 354	7 328	7 261	7 217
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663	674	705	582	582	654	663	631
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 940	162 463	169 327	175 185	161 899	143 283	174 924	169 594	163 509
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 318	43 557	45 830	47 123	45 208	36 255	47 423	45 043	43 857
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	118	121	124	131	125	105	123	126	119
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	111	112	113	121	114	108	116	117	111
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	126	131	136	131	101	127	129	123
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	123	130	137	128	104	125	130	123
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	119	129	131	144	136	125	133	143	135
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 089	32 913	30 341	34 299	35 810
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 730	2 814	2 443	2 804	3 088
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 034	1 061	1 090	1 082	1 079	1 079 ^p	1 083 ^p	1 095	1 088
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111	128	134	116	109 ^p	132 ^p	133	118
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 639	12 911	14 567	15 382	15 742	15 040 ^p	16 121 ^p	16 779	16 967
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 747	11 855	12 244	13 014	10 715	14 175	13 630	13 748	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 912	9 875	10 221	10 787	8 710	11 696	11 122	11 254	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 575	2 553	2 556	2 771	2 417	3 114	3 045	3 059	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 904	2 926	3 040	3 233	2 719	2 957	2 980	3 010	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	32 612	33 385	33 207	35 718	32 400	40 814	40 254	40 965	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,5	136,3	124,6	144,2 ^r	145,9	120,7	132,7	145,1	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	116,9	121,1	135,2	131,9	113,8	132,7	136,5	134,9	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991			1992				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 554	54 017	53 127	60 623	58 144	48 734	55 634	61 218	53 627
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 188	29 998	28 236	33 019	31 152	25 326	30 512	33 162	28 788
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 980	4 052	3 944	4 476	4 100	3 424	40 083	4 474	3 945
Frankreich	Mill. DM	6 981	7 292	6 804	7 877	7 581	6 039	7 388	8 433	6 983
Großbritannien	Mill. DM	4 559	4 231	3 810	4 579	4 382	4 038	4 341	4 580	3 896
Italien	Mill. DM	4 998	5 107	5 028	5 843	5 412	3 569	5 296	5 489	4 863
Niederlande	Mill. DM	4 523	4 672	4 399	5 013	4 659	4 186	4 631	5 056	4 513
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 881	53 784	51 552	58 363	54 615	43 020	50 080	55 730	51 925
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	23 882	27 933	25 813	30 461	28 542	21 123	25 636	29 133	27 383
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 313	3 824	3 622	4 025	3 786	2 821	3 630	3 972	3 725
Frankreich	Mill. DM	5 425	6 572	6 213	7 289	6 684	4 594	5 800	6 480	6 185
Großbritannien	Mill. DM	3 087	3 559	3 513	4 081	3 715	3 243	3 587	3 778	3 591
Italien	Mill. DM	4 319	4 997	4 451	5 428	4 990	3 453	4 274	5 146	4 710
Niederlande	Mill. DM	4 662	5 222	4 690	5 557	5 304	4 092	4 859	5 450	5 035
Geld und Kredit ^{3) 4)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 815	3 086	2 975	3 003	3 086	3 275	3 287	3 345	.
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 210	2 456	2 362	2 383	2 456	2 609	2 628	2 649	.
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	604	629	614	619	629	666	659	696	.
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 641	2 176	2 045	2 049	2 176	2 207	2 233	2 230	.
Spareinlagen	Mrd. DM	756	754	717	719	754	741	738	738	.
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	34 127	40 372	49 841	33 612	33 153 ^P	39 539	54 370	36 684	37 308 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	21 253	24 900	36 379	17 466	17 113	22 690	40 110	19 004	18 705 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	14 799	17 848	16 917	17 214	17 033	22 118	19 772	19 377	19 103 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 043	3 461	10 774	- 163	- 51	- 762	11 219	- 471	- 699 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	12 410	14 973	13 459	14 935	15 657	16 442	14 258	16 319	18 197 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	6 612	8 233	7 684	8 224	9 921	9 768	8 590	9 633	11 395 ^P
Zölle	Mill. DM	597	692	703	714	721	619	622	677	636 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	5 490	7 802	9 405	8 724	8 497	8 118	7 633	7 279	7 558 ^P
Versicherungsteuer	Mill. DM	369	488	336	359	523	879	451	376	535 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 964	6 352	6 262	6 860	6 570	6 954	7 216	6 970	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	95,7	98,3	99,2	99,0	99,6	100,3	99,4	99,1	99,5
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,7	94,1	96,0	95,2	97,3	92,1	91,0	89,2	89,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	101,0	103,4	104,3	104,4	104,3	105,1	105,1	104,9	104,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	115,9	124,6	.	.	126,8	132,8	.	.	133,2
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	116,4	124,3	.	.	126,5	132,7	.	.	133,1
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	113,2	121,0	.	.	123,3	128,9	.	.	128,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7	111,7	112,0	112,5	115,4	115,7	116,1	116,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	108,6	108,7	109,7	112,0	111,7	111,6	111,9
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	107,5	110,1	110,7	111,0	111,5	113,5	113,9	114,2	114,5
Wohnungsmieten	1985 = 100	112,5	117,3	118,5	118,9	119,3	124,6	125,2	125,9	126,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	85,5	89,4	89,7	90,9	91,0	89,7	89,7	90,1	90,2
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	107,3	110,5	111,3	111,5	112,2	114,9	115,1	115,4	115,7
Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	110,3	113,8	115,2	115,4	115,6	118,3	118,6	118,8	119,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	106,1	112,1	115,4	115,4	115,6	117,7	117,7	117,7	118,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	106,1	108,1	107,9	108,5	108,9	112,2	112,9	113,4	114,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	115,3	118,0	119,2	119,2	119,5	124,3	125,5	127,1	129,2

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

**Steuereinnahmen des Landes
nach Steuerverteilung ¹⁾**

Steuerart	Januar		Ver- ände- rung
	1992	1993	
	Mill. DM		%
Landessteuern	126,7	155,6	22,8
Vermögensteuer	6,5	47,0	.
Erbschaftsteuer	9,6	14,0	45,6
Kraftfahrzeugsteuer	79,8	69,4	- 13,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	22,8	16,4	- 28,1
Feuerschutzsteuer	0,4	0,7	65,7
Biersteuer	7,6	8,1	7,2
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	434,0	434,0	- 0,0
Lohnsteuer	441,7	476,0	7,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 4,9	- 32,6	.
Kapitalertragsteuer	48,3	20,7	- 57,1
Körperschaftsteuer	- 51,2	- 30,3	.
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	310,5	283,7	- 8,6
Umsatzsteuer	139,3	176,8	26,9
Einfuhrumsatzsteuer	171,2	106,9	- 37,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	0,3	- 5,3	.
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	0,0	- 1,0	.
I n s g e s a m t	871,5	866,9	- 0,5

¹⁾ Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Außenhandelsstatistik und EG-Binnenmarkt

Mit dem Eintritt in den EG-Binnenmarkt am 1. Januar 1993 ist an den Binnengrenzen der Mitgliedstaaten die Warenabfertigung und Warenkontrolle entfallen. Damit ist eine Einbindung der außenhandelsstatistischen Erhebung in die zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Kontroll- und Anmeldeverfahren in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Von 1993 an ist jede natürliche und juristische Person, die sich am Warenverkehr zwischen Mitgliedstaaten (Intrahandel) beteiligt, zur Auskunft im Rahmen der laufenden statistischen Erhebungen (Intrastat-System) verpflichtet. Privatpersonen sind von der Auskunftspflicht befreit.

Vollständigkeit und Zuverlässigkeit des Intrastat-Systems werden durch die Verknüpfung der steuerlichen und statistischen Formalitäten gesichert. Das Statistische Bundesamt hat vor dem 1. Januar 1993 ein Register der innergemeinschaftlichen Marktteilnehmer für die Bundesrepublik aufgebaut. Hierfür lieferte die Finanzverwaltung die Anschriften aufgrund entsprechender Kennzeichnungen in den Steuererklärungen.

Zur Aktualisierung der Register werden die Finanzverwaltungen mindestens vierteljährlich Informationen bereitstellen, die vor allem der Vollzähligkeitskontrolle und Terminüberwachung dienen.

Das Erhebungsverfahren für den Warenverkehr mit Nicht-EG-Ländern (Extrahandel) bleibt hingegen prinzipiell unverändert. Die Erfassungs- und Aufbereitungsarbeiten zur Intra- und Extrahandelsstatistik werden nach wie vor im Statistischen Bundesamt zentral erledigt. Ergebnisse für Bundesländer werden wie bisher monatlich dargestellt. Die Erhebungsmerkmale im Intrahandel entsprechen weitgehend denen für den Extrahandel und gewährleisten die geforderte Vergleichbarkeit zwischen beiden Erhebungsteilen der Gesamtstatistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs ab 1993 bei einer einheitlichen Warensystematik. Da im Handel mit Drittländern das bewährte Erhebungskonzept über die Zolldokumente beibehalten wird, könnten die Monatsergebnisse der Extrahandelsstatistik besonders in der Anfangsphase unter Umständen früher verfügbar sein als die vergleichbaren Monatsergebnisse der Intrahandelsstatistik.

Die bisher in der gesamten Außenhandelsstatistik üblichen sendungsbezogenen Wertgrenzen für die Befreiung von der Anmeldung werden ab 1993 im Intrahandel durch umsatzbezogene Schwellenwerte ersetzt.

Die „Assimilationsschwelle“ befreit die Auskunftspflichtigen von der Abgabe der statistischen Anmeldung. Das Statistische Bundesamt erhält für den unter dieser Schwelle liegenden Bereich von der Finanzverwaltung lediglich die Gesamtwerte der innergemeinschaftlichen Umsätze aus der Steuererklärung. Die „Vereinfachungsschwelle“ legt schließlich jene Wertgrenze fest, unterhalb derer eine vereinfachte Anmeldung abgegeben werden kann, die nur nach Warennummern, Versendungs- bzw. Bestimmungsländern mit Wertangaben gegliedert ist. In der Bundesrepublik Deutschland wurden Assimilationsschwelle und Vereinfachungsschwelle einheitlich auf 200 000 DM festgesetzt. Unterhalb dieses Wertes wird die Auskunftspflicht mit der Angabe der Umsatzsteueranmeldung erfüllt. Aufgrund dieser Regelung können sich insbesondere für kleinere Bundesländer bei der Intrahandelsstatistik Informationseinbußen ergeben, wenn tiefgegliederte fachliche Ergebnisgliederungen verlangt werden. kl

Maschinenbau im Kammerbezirk Koblenz führend

Mit einem Anteil der Industrie an der gesamten Beschäftigtenzahl von 30 % nimmt Koblenz unter den vier Kammerbezirken des Landes den zweiten Platz ein hinter der Pfalz mit 37 % aber noch vor den Kammerbezirken Rheinhessen (27 %) und Trier (26 %). Unter den Industriezweigen ragt im Kammerbezirk Koblenz der

kurz + aktuell

Maschinenbau mit 9,6% aller Industriebeschäftigten heraus, gefolgt von der Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie (6,5%) und der Holzverarbeitung (6,2%). Die höchste Industriedichte ist im Raum Westerwald / Neuwied mit den Industriezweigen Fein- und Grobkeramik und Maschinenbau sowie im Landkreis Birkenfeld mit der Edelsteinindustrie zu beobachten. Die Untersuchung der Betriebsgrößenstruktur ergibt eine deutliche Verlagerung von den Klein- zu den Mittelbetrieben. So hat sich zwischen 1970 und 1987 der Anteil der Industriebetriebe mit 5 bis 49 Beschäftigten von 31 auf 43% erhöht.

Die Zahl der in der Industrie des Kammerbezirks beschäftigten Frauen ist mit -11% nicht so stark zurückgegangen wie im Landesdurchschnitt (-21%). Die Frauenquote ist gegenüber 1970 mit 25% (Land -3 Punkte) unverändert. Gleichzeitig hat sich die Teilzeitarbeit überdurchschnittlich stark erhöht. Dagegen ist die Ausländerbeschäftigung in Koblenz mit -20% stärker zurückgegangen als im Land (-15%). mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 21.

Mieten unter der Lupe

In Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Landesamt und dem Katasteramt Simmern wurde eine Mietpreisübersicht für den Rhein-Hunsrück-Kreis erstellt, die auf den Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 basiert. Ziel war, mit geeigneten statistischen Mitteln die wesentlichen Einflußfaktoren für die Quadratmetermieten von Mietwohnungen zu isolieren und ihre Wirkung zu quantifizieren. In die Untersuchung sind Faktoren wie zum Beispiel Wohnungsgröße, Ausstattung, Baujahr des Gebäudes, Einzugsjahr und öffentliche Förderung eingeflossen. Ihre Wirkung auf die Mietpreise wurde durch entsprechende Zu- und Abschläge auf die durchschnittliche Quadratmetermiete ermittelt. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 27.

Bauüberhangsstatistik 1992 mit neuem Verfahren

Die Ermittlung des jeweils am Jahresende zu erhebenden Bauüberhangs erfolgte 1992 nach einem neuen Verfahren.

Diese organisatorische Umstellung ermöglicht noch rascher die in § 12 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) vorgeschriebene räumliche Trennung der Hilfsmerkmale von den Erhebungsmerkmalen. Statt der bis dahin verwendeten Erhebungsbögen für den Bauüberhang erhalten jetzt die unteren Bauaufsichtsbehörden zum Jahresende eine mittels elektronischer Datenverarbeitung erstellte Kontrollliste aller in ihrem Zuständigkeitsbereich genehmigten, aber noch nicht abge-

schlossenen Bauvorhaben, in die der aktuelle Bauzustand der Wohn- und Nichtwohngebäude einzutragen ist. Nach abgeschlossener Bearbeitung durch die Berichtsstellen erfolgt die Datenerfassung und Aufbereitung der Bauüberhangsstatistik im Statistischen Landesamt. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 34.

Fremdenverkehr: Im Oktober ist Saison in Rheinland-Pfalz

Die reizvollen Erholungslandschaften und ein vielfältiges touristisches Angebot veranlassen viele Gäste, vor allem im Frühjahr und Herbst Rheinland-Pfalz zu besuchen. Seit Jahren hat sich der Oktober mehr und mehr zum wichtigsten Saisonmonat der Fremdenverkehrsbetriebe entwickelt. Im Oktober 1992 wurden 804 000 Gäste und 2,7 Millionen Übernachtungen gezählt. Das sind mehr als in den Sommer- und Ferienmonaten Juni, Juli, August und September, allerdings 4,4 bzw. 2,9% weniger als im Oktober 1991. sr

Rückgang bei Kraftfahrzeug-Neuzulassungen

In Rheinland-Pfalz wurden von Januar bis November 1992 insgesamt 177 293 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Das sind 10% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Ende Juli 1991 auslaufende Steuerbefreiung für schadstoffarme Fahrzeuge führte in der Folgezeit zu einer spürbaren Kaufzurückhaltung. Die Zahl der Personenkraftwagen-Neuzulassungen ist in den Monaten Januar bis November 1992 (155 811 Einheiten) um 12% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Vom Rückgang des Kaufinteresses war auch der Einzelhandel mit Kraftwagen betroffen. Der Umsatz ging im Zeitraum von Januar bis Oktober 1992 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nominal um 2,4% zurück. kl

Unfallbilanz 1992: 468 Getötete und 25 000 Verletzte im Straßenverkehr

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahre 1992 in Rheinland-Pfalz 468 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen getötet und 24 168 verletzt, davon 6 522 schwer. Gegenüber 1991 ist die Zahl der Getöteten leicht gestiegen (+0,6%), die der Schwer- und Leichtverletzten um 2,7 bzw. 1,2% zurückgegangen.

Insgesamt ereigneten sich rund 117 200 Unfälle (-4,6%), davon 98 900 mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle mit einem Sachschaden von 4 000 DM und mehr bei einem der Geschädigten erhöhte sich um 1,3% auf 14 100. schm

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50-100“ verwendet.